

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 52, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6188
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Belegzettel)
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3157

Inhalt:

Von der kapitalistischen „Ordnung“. — Die Denkschrift der Kölner Stadtverwaltung. II. — Die Lage der Handwerker und Arbeiter in den Leipziger städtischen Elektrizitätswerken. — Die dritte Konferenz der Deutschen Gasarbeiter. — Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1910. II. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Mundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste des Verbandes.

Terrain, das diese eigens zu dem Zwecke erworben hatten, um darauf Wohnungen für 3000 Arbeiter zu bauen. Hiermit — sagt die „Post“ — hat Spandau keine andere Wohnungspolitik getrieben, als die Städte Schöneberg und Charlottenburg. Diese nämlich machen die Bauerlaubnis davon abhängig, daß nur große Wohnungen gebaut werden. Auch dies hat den Zweck, den Zugang der Arbeiter fernzuhalten. Sie wollen die Zahl der armen Leute nicht vermehren, weil das ihre Finanzen schwächen würde.

Von der kapitalistischen „Ordnung“.

Ein interessanter Prozeß über Angelegenheiten der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung wird demnächst die Gerichte beschäftigen. Der Berliner Professor Rudolf Eberstadt, der sich durch Arbeiten über die Wohnungsfrage einen Namen gemacht, hat im Juni d. J. in der angesehenen konservativen Zeitschrift „Preussische Jahrbücher“ einen Aufsatz über die Wohnungsverhältnisse in Spandau veröffentlicht, worin er nicht nur die Dinge schauerhaft schildert, wie sie sind — und zwar nicht nur in Spandau, sondern wohl in jeder deutschen Großstadt —, sondern worin er auch der städtischen Verwaltung die Schuld daran beimißt. In einer Reihe von einzelnen bestimmten Angaben erhebt er den Vorwurf, daß der Magistrat die Stadtverwaltung im Interesse der Hausbesitzer und gegen das allgemeine Interesse der Bürgerschaft betreibt. Darüber haben nun Magistrat und Stadtverordnete zu Spandau in erregter Sitzung verhandelt und haben den echt preussischen Beschluß gefaßt, Herrn Eberstadt wegen Verleumdung zu verklagen. Und weil es in einem hinget, muß auch gleich der Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, Herr Professor Hans Delbrück, mit auf die Anklagebank. Hoffen wir, daß die Angeklagten sich kräftig ihrer Haut wehren, damit in die verschlungene Beweggründe kapitalistischer Kommunalpolitik einmal scharf hineingeleuchtet wird. Das dürfte so manchem, der jetzt im Dunkel wandelt, sehend machen.

Jeder Zug von Arbeiterfamilien bedeutet für eine Stadt einen baren Verlust und eine Schwächung ihrer Finanzen. Man kann im allgemeinen annehmen, daß jedes schulpflichtige Kind einer Stadtverwaltung etwa 60 Mk. pro Jahr kostet. In Großstädten, wo der Grund und Boden für Schulbauten teuer ist, vielleicht noch mehr. Eine Arbeiterfamilie mit vier schulpflichtigen Kindern würde demnach den städtischen Etat mit 240 Mk. pro Jahr belasten, denen so gut wie keine Erhöhung der Steuerkraft gegenübersteht. Dazu treten noch die mancherlei sonstigen Ausgaben für Armenunterstützung usw., die mit dem Zugang von Arbeiterfamilien verbunden sind.

Wenn dann infolge dieser Lasten die Steuern erhöht werden müssen, so besteht noch überdies die Gefahr, daß die Besitzenden aus der Stadt wegziehen und die städtischen Finanzen in noch schlimmere Bedrängnis geraten.

Dies gilt für alle Städte. In Spandau aber liegen die Dinge sogar noch ausnahmsweise schlimm, weil dort wegen der vielen staatlichen und privaten Betriebe verhältnismäßig viel mehr Arbeiter wohnen als anderswo. Infolgedessen hat dort die Stadtverwaltung einen schweren Stand, um ihren Etat in Ordnung zu halten. „Der Steuerzuschlag stellt sich ganz bedeutend höher, als überall sonst in den Groß-Berliner Vororten, nämlich auf 150 Proz.“ Kommen nun viel neue Arbeiter hinzu, wird gar eine ganze Arbeiterkolonie geschaffen, so würde sich das natürlich noch bedeutend verschlimmern und die Flucht der steuerpflichtigen Mieter noch beschleunigen, was für den Spandauer Stadtsäckel die schädlichsten Folgen haben müßte.

Man sieht: was zuerst heller Wahnsinn schien, entsuppt sich als sinnvolle Methode. Wer irgend zu rechnen versteht, wird nicht umhin können, zuzugeben, daß die „Post“ recht hat! Es ist wirklich so! Eine Kommunalverwaltung, die ihre Finanzen in Ordnung halten will, muß wirklich und wahrhaftig auf Fernhaltung armer Leute, also auf Fernhaltung der Arbeiter bedacht sein! Und sie hat sogar noch die Entschuldigung, daß sie ja dadurch erst die Mittel gewinnt, um innerhalb ihres Gebiets und ihrer Bürgerschaft eine soziale Fürsorge zu entfalten. An den Tatsachen ist nichts zu drehen und nichts zu deuteln, sie sind einmal so.

Aber was folgt nun daraus? Was für Spandau gilt, das gilt natürlich genau ebenso für alle anderen Städte des Deutschen Reiches. Und nicht nur für die Städte, sondern für alle Gemeinden, für alle kommunalen Verwaltungen. Wie wir es ja auch in der Praxis oft genug erleben, daß arme Leute zwischen mehreren Gemeinden fortwährend hin- und hergeschoben werden, weil keine Gemeinde sie das Unterstützungsrecht erwerben lassen will. Die logische Konsequenz dieser wundervollen Zustände wäre also, daß die Arbeiter, ohne deren Tätigkeit kein Gemeinwesen auch nur einen Tag existieren könnte, eigentlich überhaupt nicht

Zwischen haben sich natürlich die Organe der Öffentlichkeit bereits vielfach über die in Aussicht stehende Senfation geäußert. Und darunter haben wir nun eine Stimme gefunden, die mit einer — fast möchten wir sagen: ersticken — Offenherzigkeit sagt: für den Magistrat von Spandau liegt eigentlich gar kein Grund vor, sich beleidigt zu fühlen; denn wenn er das getan hat, was Professor Eberstadt ihm vorwirft, so hat er nur genau in dem Sinn gehandelt, den der Gesetzgeber in der preussischen Städteordnung vorschreibt, und genau in dem Sinne, der im wohlverstandenen kaufmännischen Interesse des Spandauer Stadtsäckels liegt. Ja im Gegenteil: wenn er die ihm anvertrauten Interessen gewissenhaft wahrnehmen will, so darf er gar nichts anderes tun, als den Arbeitern den Aufenthalt in der Stadt Spandau möglichst zu verkleiden!

Die Aeußerung klingt zuerst widersinnig. Aber wenn man sie sich näher überlegt und wenn man insbesondere ihre Begründung hört, so bekommt die Sache ein wesentlich anderes Gesicht. Wie es denn auch eine durchaus ernst zu nehmende nationalökonomische Zeitschrift ist, die sie äußert, nämlich die in Berlin erscheinende „Post“. Hören wir zunächst den für Arbeiter ungemein interessanten Gedankengang, mit dem sie begründet wird.

Die Spandauer Stadtverwaltung hat zum Beispiel den Siemens-Schubert-Werken die Bauerlaubnis verweigert für ein

* Die Zahl stimmt nur dann vielleicht, wenn man höhere und Volksschulen ineinander rechnet. Nach der Statistik betragen die Kosten, die ein Volksschüler verursacht, nur etwa 40 Mk. pro Jahr, während die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln für höhere Schulen weit größer sind.

gens wohnen dürften! Sie schaffen zwar durch ihre Arbeit ein allen Reichthum und allen Wert, sie geben den Besitzenden erst die Möglichkeit, zu leben und Steuern zu zahlen; aber weil sie, dank der kapitalistischen Ausbeutung, selbst nur einen winzigen Teil der geschaffenen Reichthümer kriegen und infolgedessen nur kleine oder gar keine Steuern zahlen können, verjähern sie den Finanzstand der Gemeinde, in der sie wohnen, und jede gewissenhafte Kommunalverwaltung muß suchen, sie sich so viel wie möglich vom Leibe zu halten. Man braucht ihre Tätigkeit, ihre Arbeit, aber sie selber möchte man lieber nicht haben!

Welch aufregender kleiner Ausschnitt aus dem Zerbild von sogenannten „Ordnung“, das die kapitalistische Wirtschaft geschaffen hat! Und welche Festätigung der sozialistischen Lehre, daß die Schuld an diesen schauerhaften Zuständen nicht an den Personen, sondern an den Verhältnissen liegt! Es ist in der Tat so: der Magistrat von Spandau dürfte kaum eine Schuld treffen. Er verwaltet fremdes, ihm anvertrautes Vermögen, das sich ohnedies schon in prekärer Lage befindet; er muß sehen, wie er vor weiterer Schwächung bewahrt. Und so kommen wir zu dem ungläublichen Schauspiel, daß die Industriestadt Spandau, die ganz und gar das Gepräge der Arbeit und der Arbeiter trägt, die — man kann sagen — den Arbeitern geradezu ihre Existenz verdankt —, daß diese Industriestadt die Anfälligkeit der Arbeiter als Last empfindet. Das ist im kleinen ein Spiegelbild dessen, was die kapitalistische Welt im großen ist: die Drohnen, die Nichtstuer, sofern sie nur reich sind, genießen die Früchte, sind überall gern gesehen; die Arbeiter, die alles leisten müssen, werden beiseite geschoben.

Nicht wahr, es lohnt der Mühe, sich für die Erhaltung dieser „Ordnung“ ins Zeug zu legen?

Die Denkschrift der Kölner Stadtverwaltung.

II.

Der folgende Abschnitt der Kölner Denkschrift ist dem Vergleich mit den Löhnen der Privatindustrie gewidmet. Die Verfasser haben sich da ihre Aufgabe sehr leicht gemacht. Damit die Löhne einigermaßen den Vergleich aushalten, hat man sämtliche Aufwendungen für Witwen- und Waisengelder, Lohnfortzahlungen bei Krankheit, Unfällen und sonstigen vorübergehenden Verbindungen, sowie bei Erholungsurlaub, die Familienunterstützungen bei Friedensabwägungen, in Krankheitsfällen, den Zuschuß zum Sterbegeld und die Erbhengaben bei Dienstjubiläen, fäuberlich aufgerechnet und zur gesamten aufzuwendenden Lohnsumme in Vergleich gestellt. Vergessen wurde auch nicht zu berechnen die Bezahlung verschiedener Feiertage, die Gewährung der Feuerungszulagen, Lohnzuschläge für besondere Arbeiten und die Dienst- und Schutzkleidung. Die Denkschrift führt dann weiter aus, daß auch die Gleichmäßigkeit und Sicherheit der Arbeitsgelegenheit bei der Stadt nicht zu unterschätzen sei, und stellt dann folgende Berechnung auf: Im Jahre 1909 betrug die reine Lohnsumme in den gewerblichen Betrieben 7.571.305 Mk. Demnach stellten sich die genannten Vergünstigungen als folgende Lohnzuschläge dar:

Für Fortzahlung des Lohnes bei Erholungsurlaub, Krankheit, Unfällen usw., Familienunterstützung bei Anstaltsverpflegung, militärischen Übungen usw., Sterbezuschuß und	27.	Proz.
Erbhengaben bei Dienstjubiläen	168.292	= 2,09
Für Lohnfortzahlungen an Feiertagen	26.503	= 0,35
Für besondere Lohnzuschläge und Feuerungszulagen	81.293	= 0,42
Für Dienst- und Schutzkleidung	182.353	= 2,01
zusammen rund 5, .		

Die Anwartschaft auf Invalidengeld und Hinterbliebenenversorgung stellt sich wirtschaftlich ebenfalls als ein Lohnzuschlag dar, dessen Höhe sich nach der Prämie für einen gleichen privaten Versicherungsanspruch bemittelt. Als solche dürften schätzungsweise etwa 8 Proz. des Jahreseinkommens einzusehen sein. Zieht man weiter in Betracht, daß das Einkommen der städtischen Arbeiter durch Lohnausfälle infolge von Arbeitslosigkeit nicht geschmälert werde und Aufwendungen für Arbeitslosenversicherungen wegfallen, so dürfte ein Lohnzuschlag von 15 Proz. im Vergleich zu den Löhnen der Privatindustrie nicht zu hoch gegriffen sein.

Zweit die Denkschrift. Die Herren Verfasser waren nicht verlegen, alles mögliche und unmögliche als Lohnzulagen zu bezeichnen. Besagte muß werden, daß es auch in der Privatindustrie vorkommt, daß die in die Woche fallenden Feiertage bezahlt werden. Wir nennen nur das heilige Transportergewerbe. Nach dessen Vertrag, der für etwa 1200 Personen Geltung hat, werden die in die Woche fallenden Feiertage bezahlt, dasselbe gilt für Verhinde-

rungen bis zu drei Stunden bei Erfüllung von Anmeldepflichten bei Polizei und Standesamt, Teilnahme an Kontrollversammlungen, Erscheinen an Gerichtsstelle usw. Auch im Buchbinder- und Buchdruckergerber werden die in die Woche fallenden Feiertage bezahlt. Lohnzuschläge für besondere Arbeiten werden gewährt im Kaugewerbe, im Tapezierer- und Dekorateurgerber, im Malergewerbe, im Holzgewerbe, im Dachdeckergerber, für die im Feizungsfach beschäftigten Arbeiter und andere mehr. Desgleichen werden in der Privatindustrie auch Schutzkleider und dergleichen gewährt, so daß diese Aufwendungen nicht reiflos als Vergünstigungen gebucht werden können, deren sich die Arbeiter der Privatindustrie nicht erfreuen.

Daß die Verfasser die Versorgungsgeelder als Lohnzuschlag anrechnen, muß als nicht einwandfrei bezeichnet werden. Zunächst kommen diese Vergünstigungen nur einem geringen Teil von Arbeitern und deren Familienmitgliedern zugute. Im weiteren muß gesagt werden, daß diese Prämien durch die niedrigen Anfangslöhne hinreichend verdient werden. Im einzelnen betrachtet sehen die Dinge gar nicht so rosig aus, wie es dargestellt wird. Im Jahre 1909 wurde an 83 Empfänger Invalidenrente bezahlt im Betrage von 25.676 Mk. oder pro Kopf rund 310 Mk., Witwengelder an 109 Empfänger 17.014 Mk. oder pro Kopf 156 Mk., Waisengelder an 103 Waisen 2370 Mk., das macht 23 Mk. auf den Kopf. Es zeugt also nicht von einer hohen Auffassung in sozialpolitischen Dingen, daß diese Gelder als Lohnzuschläge für die Gesamtheit der städtischen Arbeiter berechnet werden.

In Bezug auf die Gewährung von Erholungsurlaub sieht die Praxis auch etwas anders aus, als man der Essentialität glauben machen will. So werden verständlich eventuelle Krankheitsstage auf die Urlaubstage angerechnet und die letzteren gekürzt oder gar nicht gewährt. Diese Praxis scheint immer mehr um sich zu greifen; so mußten sich in jüngerer Zeit die Arbeiter der Gasanstalt schon wiederholt gegen diese Art Urlaubsentziehung wenden. Die Bezahlung des zweiten Pfingstfeiertages wurde zwei Arbeitern deshalb nicht gewährt, weil sie sich nach der Heimat beurlauben ließen. Eine sehr merkwürdige Begründung, die schließlich zu den unbilligsten Zuständen führen kann. Wenn doch einmal beachtet ist, diese und jene Feiertage werden durchbezahlt, so sollte man dem Arbeiter nicht gleichzeitig die Ausnutzung dieser Feiertage in keinem Sinne beschränken wollen. Es ist einfach ein Unfug, zu sagen, im obigen Falle seien die Arbeiter nicht dienstbereit gewesen, weil sie abwesend waren. Die Bezahlung der Feiertage geschieht nach dieser Deduktion eine ständige Dienstbereitschaft in sich, was unter keinen Umständen damit leibschuldig war. Denn dadurch würde der Nutzen der Durchbezahlung für den Arbeiter illusorisch gemacht.

Betrachtet man ferner die sonstigen Vergünstigungen, wie Gewährung von Sterbegeldzuschuß, Erbhengaben usw. etwas näher, so muß gesagt werden, daß mit deren Aufrechnung stark renommisiert wurde. Im Jahre 1909 wurde in sechs Fällen Sterbegeldzuschuß in Höhe von 360 Mk. gewährt. Erbhengaben bei Dienstjubiläen in 75 Fällen 3730 Mk. oder pro Fall rund 49 Mk. Wer aber in dieser Zusammenstellung mit einbegriffen ist, ob nur die Arbeiter oder auch Aufseher, Meister und dergleichen, ist leider vergessen worden zu sagen, oder aber aus gewissen Gründen verschwiegen worden. Die Lohnfortzahlungen in Urlaubsfällen (5128) betragen 96.353 Mk. oder pro Fall 18,78 Mk. Aber auch da fehlen Angaben, ob dieser Betrag ausschließlich den Arbeitern zuzufliessen soll. Auf keinen Fall stellen diese Aufwendungen reine Lohnzuschläge dar, wie es in der Denkschrift dargestellt wird.

Zum weiteren Vergleich der Löhne in der Privatindustrie mit denen der städtischen Arbeiter hat die Stadtverwaltung eine Erhebung mit Hilfe des Arbeitgeberverbandes angestellt. Befragt wurden 31 Betriebe mit 6029 Arbeitern. Darunter Betriebe der Metallindustrie, chemischen Industrie, je ein Betrieb der elektrischen Industrie und des Transportgewerbes und vier Betriebe verschiedener Industriezweige, wie Baumwollspinnerei und Mühlen-gewerbe. Diese Erhebungen wurden sehr umständlich vorgenommen. Das Ergebnis kann aber keineswegs als durchaus zutreffend bezeichnet werden, wenn man Vergleiche zieht mit den in Köln geltenden Tarifverträgen. Weist doch die angeführte Tabelle schon Lohnunterstützungen bis zu 181,21 Mk. nach, die in der Privatindustrie mehr bezahlt werden (Ausscher und Stalente). Im weiteren enthält die Tabelle Unrichtigkeiten in Bezug auf die Löhne der städtischen Maler und Installateure. Die Maler, Anstreicher und Lackierer erhalten 4,50 bis 5,50 Mk. pro Tag in den Werkstätten der Straßenbahn, Gas und Wasserwerke und dergleichen. Nur ein Mann in den städtischen Bädern erhält den Lohn von 5 bis 6 Mk.

Dieser eine Fall kann aber nicht zum allgemeinen Vergleich herangezogen werden. Die Installateure, Rohrleger und Monteure erhalten 3,50 bis 5,50 M., nicht 5,50 bis 6,50 M., wie in der Tabelle verzeichnet ist.

Die Tabelle 4 (Anhang) enthält ebenfalls Unrichtigkeiten. Es sei nur auf die Angabe des Stundenlohnes der Ladicier in den Straßenbahnwerkstätten hingewiesen. Der Lohn von 57 Pf. die Stunde ist kein Zeitlohn, sondern Akkordlohn. Der Zeitlohn ist in der Stunde um 4 Pf. niedriger.

Wenn ferner gesagt wird: „In den städtischen Betrieben kommen Akkordlöhne nur noch vereinzelt vor“, so könnte man darauf schließen, als ob die Stadtverwaltung die Akkordarbeit einschränken oder beseitigen wollte. Tatsache ist aber, daß die Akkordarbeit im Januar dieses Jahres in der Ladicerei der Straßenbahnwerkstätte neu eingeführt wurde. Im weiteren muß gesagt werden, daß die angegebenen Stundenlöhne der Privatindustrie, bei der die Erhebungen stattfanden, nicht als der eigentliche Verdienst bezeichnet werden können, da bei dem vorherrschenden Akkordlohnssystem die Löhne durchweg höher sind. Wir werden die Lohnverhältnisse der Vergleichsbetriebe auf Grund der geltenden Tarifverträge in einem späteren Artikel noch näher behandeln. Die Quellen, aus der die Verfasser der Zeitschrift ihr Zahlenmaterial geschöpft haben, sind äußerst unzulänglich; dennoch können die genannten Zusammenstellungen als Beweismaterial nicht in Betracht gezogen werden.

Im folgenden Abschnitt wird nun zu dem Kostenaufschlag und zu den Wirkungen der von der Arbeiterkraft gewünschten Lohn-erhöhung Stellung genommen, im weiteren die Frage der Ver-längerung der Arbeitszeit behandelt. Nach Anführung der jährlichen Mehrkosten, die sich für die Erfüllung der freigewerkschaftlichen Forderungen auf 1.200.000 M. für das erste Jahr belaufen sollen (in den späteren Jahren entsprechend höhere Beträge), die christ-lichen Forderungen sollen 1.079.000 M. Kosten verursachen, wird in der Zeitschrift gesagt: „Angesichts solcher Summen muß be-zweifelt werden, ob sich die Antragsteller der finanziellen Tragweite ihrer Forderungen bewußt gewesen sind.“ Es wird weiter ver-sichert, daß sich die Stadtverwaltung ihrer Pflichten den Arbeitern gegenüber wohl bewußt sei, daß aber ihre Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge doch ihre Grenze in den Interessen der gesamten Bürgertheit habe. Zunächst ist zu bemerken, daß sich die Antragsteller der Tragweite ihrer Forderungen sehr wohl be-wußt sind, wie dies auch aus der eingereichten Begründung hervor-geht. Dort wird betont:

„... Es ist gewiß, daß unsere Anträge auf mehrfachen Wider-spruch stoßen werden. Selbst in Kreisen, die unsere Forderungen an sich berechtigt halten, wird man der Bemerkung begegnen: Das vertragen die Finanzen der Stadt Köln nicht. Wir wissen wohl, daß eine Meinuerung unserer Wünsche der Stadt materielle Opfer auferlegt, wie wir auch wissen, daß diese schon ohnehin finanziell außerordentlich ansehnlich ist. Können aber die Arbeiter dafür? Sie sind gewiß nicht dafür verantwortlich zu machen, daß die gesell-schaftlichen Maßnahmen, wie Entziehung des Staatszuschusses zu den Volkshäusern, die Jungsäulen- und Mühlbläsiener, die Steige-rung der Polizeilohnen usw. das Ausgabebudget der Städte so außerordentlich gesteigert haben. Im Gegenteil, die geistig ras-samen Arbeiter haben mehr als einmal zu erkennen gegeben, daß sie von einer Politik, die immer und immer wieder gewisse Volks-freie auf Kosten der städtischen Bevölkerung und der Stadtgemein-den bevorzugen, nichts wissen wollen. Wir wissen keinen anderen Ausweg, als uns an die Stadtverwaltung und Stadtverordneten-versammlung zu wenden. Auch die Arbeiter der Privatindustrie gehen dazu über, Anträge auf Lohn-erhöhung zu stellen. Ueber-dies sind die Summen, die zur Erhöhung der Löhne der Arbeiter angeworfen sind, für die Stadt keineswegs verloren. Ganz davon abgesehen, daß eine gut genährte Arbeiterkader weit leistungsfähiger ist als eine an drückender Unterernährung leidende die Manufaktur der Arbeiter wird sich erhalten, ein Umstand, der nicht nur dem Handel und gewerbetreibenden Teil der Be-völkerung, sondern letzten Endes auch der Stadtkasse zugute kommt.“

In der Tat haben auch die Arbeiter kein anderes Mittel, als durch Lohn-erhöhungen einen Ausgleich zu schaffen für die Aus-gaben, die ihnen unsere heutige Wirtschaftspolitik aus der Tasche hellt. Im weiteren wird dann ausgeführt:

„Oberflächlich besehen könnte man unsere Anträge in ihren finanziellen Wirkungen für undurchführbar halten, insbesondere mit Beziehung auf die schlechte Finanzlage der Stadt. Die Wen-dungen müssen bei Neuanschuldung der uninteressierten vorge-schlagenen Uebergangsbestimmungen schwinden. Wir verlangen keineswegs, daß sich die vorgedachte Änderung des Lohn-tarifs in allen ihren Konsequenzen von heute auf morgen vollzieht. Was wir verlangen, ist ein Hineinwachsen in die neuen Verhält-

nisse, der Uebergang würde mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Zieht man nun noch in Betracht, daß doch auch ohne eine Ver-änderung der Lohnverhältnisse die Löhne, und zwar nach den Bestimmungen des jetzigen Lohn-tarifs gesteigert werden müssen, so ist der materielle Effekt durchaus nicht so schwerwiegend...“

Daraus geht hervor, daß die Arbeiterkraft mit allem Vor-bedacht ihre Forderungen eingereicht hat. Es ist auch anerkannt worden, daß die Finanzlage der Stadt nicht die beste sei, und mit Rücksicht darauf sind die Uebergangsbestimmungen vorgeschlagen worden. Nun wird in der Zeitschrift weiter ausgeführt, daß die „Wirtschaftlichkeit einiger Betriebe gefährdet würde“, wenn die Forderungen der Arbeiter bewilligt würden. Damit haben sich die Verfasser die Schlagworte zu eigen gemacht, die täglich wiederkehren, wenn die Arbeiter irgendwo Lohnforderungen stellen. Dabei gedeiht der Kapitalismus sehr gut, mit jedem Tag und mit jedem Jahr besser. An diese abgedroschene Phrase glaubt heute niemand mehr. Es wird auf die Straßenbahn ver-wiesen und gesagt, daß die Jahresrechnungen mit Fehlbeträgen abschließen, die zu einem nicht geringen Teil auf Lohn-erhöhungen zurückzuführen seien. Im vergangenen Frühjahr ist sehr viel über das angebliche Defizit bei der Straßenbahn geredet und ge-schrieben worden. Wir wollen nur an einen Moment erinnern, der hauptsächlich schwer ins Gewicht fällt, das ist die ungeheure Belastung, die auf der Straßenbahn ruht und sich in den jähr-lichen Abtragungen schwer fühlbar macht. An die alte Straßen-bahn-gesellschaft wurden abgeführt:

1901	1 000 000 M.	1906	1 106 250 M.
1902	1 006 250 "	1907	1 131 250 "
1903	1 031 250 "	1908	1 156 250 "
1904	1 056 250 "	1909	1 181 250 "
1905	1 081 520 "	1910	1 206 250 "

Dennach sind mit Schluß des Geschäftsjahres 1910 bezahlt worden 10 956 250 M.

Sinzu kommen noch im Jahre

1911	1 231 250 M.
1912	1 256 255 "
1913	1 281 250 "

Das sind insgesamt 14 725 000 M. an Abtragungen, die inf einer Spanne Zeit von 13 Jahren geleistet werden müssen. Daß solche gewaltigen Summen ein Unternehmen wie unsere Straßen-bahn ungebührlich belasten müssen, liegt klar auf der Hand. Daran muß auf alle Fälle erinnert werden, wenn immer gesagt wird, die Straßenbahn arbeite mit Defizit. Im weiteren werden die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke herangezogen und deren Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt, wenn die Lohn-erhöhungen be-willigt würden, weil das Rechnungsjahr 1909 nicht mehr die vorgezeichneten Ablieferungen erzielen konnte. Worauf das zurück-zuführen ist, gibt ein Artikel des „Stadt-Anzeigers“, der den Geschäftsbericht für das Jahr 1909/10 dieser Werke bespricht, wertvolle Hinweise. Es heißt da, nachdem betont wurde, daß bei dem vorhergehenden Abschluß noch wesentliche Ueberschüsse über den Voranschlag erzielt wurden, daß... die allgemeine Wirtschaftslage sich in bezug auf die Benutzung dieser Werke durch die Abnehmer unangenehm bemerkbar machte“. Im weiteren wird in bezug auf das Wasserwerk gesagt, daß der nasse und kalte Sommer einen wesentlich geringeren Wasserverbrauch, als im Durchschnitts-jahre angenommen war, bewirkte. Dennach ist ohne weiteres zu sagen, daß bei gutem Geschäftsgang der Verbrauch an Gas wieder steigen wird und daß das Jahr 1909/10 nicht als unglücklich für die Wirtschaftlichkeit des Gaswerkes genannt werden kann. Was das Wasserwerk anbetrifft, so wird das laufende Jahr eine ansehnliche Steigerung des Verbrauches mit sich bringen. Das wird bereits bestätigt, und zwar durch eine eben die Presse durchlaufende Mahnung der Verwaltung des Wasserwerkes, möglichst sparsam mit dem Wasser umzugehen. Im genannten Jahre konnten vom Gaswerk der Stadtklasse 1 430 034 M. zuge-wiesen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Stadt ihre Beleuchtung umsonst aus den Werken bezieht. An der Benutzung der Elektrizitätswerke ist die Straßenbahn mit 40,66 Prozent beteiligt. Die Privatabnehmer verbrauchten 53,77 Prozent. Die Elektrizitätswerke hatten einen Ueberschuß von 602 383 M. Nach dem Voranschlag sollten sie allerdings 922 597 M. abwerfen. Unter Berücksichtigung der eben genannten Momente kann aber noch nicht davon gesprochen werden, daß die Wirtschaftlichkeit durch die Gewährung der Lohn-erhöhungen in Frage gestellt wird.

Endlich wird dann noch der städtische Gasen herangezogen und betont, daß die Bewilligung der Lohnforderung schwere Nöten für seine Konkurrenzabgabe nach sich ziehen würde. Es wird darauf verwiesen, daß die Nachbarstädte Trierburg, Neuz-Mühlheim a. Rh., Srevelsd unangünstigere Lohnverhältnisse hätten.

Demgegenüber muß aber gesagt werden, daß die Privatpeditionsfirmen durchweg höhere Löhne bezahlen. Die städtischen Hafensarbeiter haben einen Lohn von 3,50 bis 4,25 Mk. pro Tag bei neun- und achtstündiger Arbeitszeit. Das sind im Durchschnitt 0,44 Mk. pro Stunde. In der Privatindustrie des Kölner Hafens werden aber für die festen Arbeiter pro Tag im Durchschnitt 4,45 Mk. bei neun- und achtstündiger Arbeitszeit bezahlt oder pro Stunde 49 Pf. Für Hilfsarbeiter werden pro Stunde 55 Pf. bezahlt. Im Düsseldorfer Hafen liegen die Verhältnisse in der Privatindustrie noch günstiger. Angesichts dieser Tatsachen muß man sich doch fragen, warum die Stadt mit ihren Löhnen soweit hinter denen der Privatindustrie zurückbleiben muß? Kann die Privatindustrie ihre Hafensarbeiter besser entlohnen, muß es auch die Stadt können.

Die Lage der Handwerker und Arbeiter in den Leipziger städtischen Elektrizitätswerken.

Die Lage dieser Arbeiterkategorien ist keineswegs günstig. Des Öfteren ist über Mißstände im Betriebe berichtet worden, seien es nun Klagen über mangelnde soziale und hygienische Einrichtungen oder über die Behandlung der Arbeiter durch Vorgesetzte gewesen. Zeit nicht, daß jetzt noch in beiden Werken teilweise recht unliebsame Verhältnisse zu verzeichnen sind. Bei der Übernahme des Elektrizitätswerkes durch die Stadt wurden den Arbeitern Versprechungen gemacht, die zum Teil bis heute noch nicht eingelöst sind. So hatte man in den Köpfen der Arbeiter die Auffassung sich festsetzen lassen, daß sie eventuell Beamte werden könnten, und ein Teil des Personals vergaß sogar ob dieser Zusage nicht nur seine gewerkschaftliche Pflicht, sondern war geradezu von einem Beamtenstolz angekränfelt, und nur die Nichterfüllung dieses Versprechens brachte diese Arbeiter wieder zur Besinnung. Fast ebensoviel verbiest es sich mit dem Verlangen nach mehr Dienstkleidung. Soweit es sich um wirkliche Arbeiterkuschelung handelt, die in diesem Betriebe vielleicht mehr als anderswo eine Notwendigkeit ist, wäre dagegen nichts einzuwenden gewesen, wenn nicht die Sucht zu glänzen und mit der Dienstiniform nach außen hin repräsentativ zu wirken, bei dem vom Beamtenstolz angekränkelten Teil der Arbeiter die Hauptsache gewesen wäre.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt ist es deshalb richtiger, entsprechende Lohnforderungen zu stellen. Bis zum Jahre 1909, also vier volle Jahre nach der Übernahme, mußte man im Elektrizitätswerk eigentlich noch nicht, was Rechtens war, ob die Bestimmungen und Maximen der Privatgesellschaft oder die des Rates Günstigkeit hatten, soweit überhaupt solche vorhanden waren. Bis dahin erriethen weder eine Lohn- noch Arbeitsordnung des Rates, und wie es bei der Privatgesellschaft gehandhabt worden war, so ging es weiter, bis man sich endlich dazu aufschwang, allerdings erst nach wiederholtem Verlangen der Arbeiter, im Jahre 1909 eine Lohn- und Arbeitsordnung einzuführen. Ganz abgesehen von dem teilweise recht reaktionären Inhalt der Arbeitsordnung, wie zum Beispiel das Verbot der Zettelverteilung zu Versammlungszwecken in § 11, verdient als Kuriosum die Tatsache festgehalten zu werden, daß zur Beschaffung und Beratung der Arbeitsordnung Jahre notwendig waren, ehe sie den Instanzen als fertiges Werk aus der Hand ging. Die Schaffung der Lohnordnung und die Festlegung der Löhne in den einzelnen Stufen ist denn auch der einzige Vorteil für die Arbeiter. Lohnerhöhungen hat sie für die Arbeiter eigentlich nicht gebracht, was wir mit den eigenen Worten der Verwaltung in ihrer Bekanntmachung vom 10. Mai 1909 am besten belegen können. Sie sagt: „Beim Einreichen der Arbeiter in diese neue Lohnskala muß bei verschiedenen Arbeitern der Lohn erhöht werden, welche Erhöhung aber nicht als Zulage gilt.“ Neben der zum Teil vorhandenen Unklarheit über das Aufrücken in den einzelnen Stufen bestand eine große Härte für die älteren Arbeiter darin, daß ihre frühere Dienstzeit bei der Privatgesellschaft so gut wie gar nicht zur Anrechnung kam. War also die Lohnskala nur eine hauptsächlich fixierende und Regelung der Löhne, so mußte es um so mehr verwundern, als im vorigen Jahre bei der allgemeinen Zulage von Auer Erhöhung gesprochen werden konnte und ihre auf Erhöhung zielenden Forderungen deshalb abgelehnt wurden. Es wird deshalb die nächste Aufgabe bei den gesteigerten Lebensverhältnissen sein, hier das Fehlende nachzuholen. Seit Jahren wird die neunstündige Arbeitszeit von den Arbeitern gefordert und nach dem technischen Gutachten der Verwaltung stehen der Einführung auch keine besonderen Schwierigkeiten entgegen,

da finanzielle Mehrkosten dadurch nicht entstehen und man mit dem derzeitigen Personal auszukommen gedenkt. Trotz alledem kommt der Neunstundentag noch nicht, und vielleicht werden bei den üblichen langwierigen Erwägungen in den beteiligten Instanzen vielleicht nicht nur Monate, wie der Rat mitteilt, sondern unter Umständen noch Jahre vergehen, ehe der Neunstundentag eingeführt wird, wenn die Arbeiter nicht eine ernste Stellung dazu einnehmen. Deshalb wurde der Arbeiterausschuß in der letzten Versammlung beauftragt, dem Räte durch eine Resolution die Meinung der Arbeiter darüber mitzuteilen. In der Resolution wird verlangt, daß spätestens am 1. Oktober 1911 die Einführung des Neunstundentages erfolgen möge. Als einen nicht gerade glücklichen Einfall muß man die neuerdings erfolgte Titeländerung, zum Zwecke der Unterscheidung der Arbeiter von den sogenannten Arbeiterbeamten, bezeichnen. Bringt das Studium der schon bisher bestehenden Bezeichnungen in den einzelnen Abteilungen für den Fach- und Verusmann ein heiteres Viertelstündchen mit sich, so ist aber durch die neueste Leistung der Kuriosität geradezu die Krone aufgesetzt worden, was wir an einigen Beispielen illustrieren wollen. So gibt es jetzt Hilfschlossler 1. und 2. Klasse und Schlossergehilfen, wo früher die Bezeichnung Schlosser und Vor-schlossler die Ranggrenze bezeichnete. Noch lustiger ist es bei den Maschinisten und Heizern. Da gibt es zunächst Hilfsheizer 1. und 2. Klasse und Heizergehilfen; bisher begnügte man sich mit Oberheizer und Heizer. Bei den Maschinisten: Maschinenwärter, Hilfs-maschinisten 1. Klasse (ob auch 2. oder noch 3. Klasse, ist nicht genau zu ersehen) und Maschinistengehilfen. Früher ließ man es bei Dremaschinisten, Maschinisten und Hilfsmaschinen genügen. Nicht zu vergessen ist aber dabei, daß die bisherigen Titel für die sogenannten Arbeiterbeamten bestehen bleiben und die obengenannten Titel noch circa hinzukommen. Und das alles nur der Mangelsucht und des Ehrgeizes einiger Streber wegen, denen die Personaldeputation denn auch bereitwillig entgegengekommen ist. Wie wäre es mit der Einführung von Lizen und Epauletten? Oder mit rangerkennlichen Gürteln mit Säbeltrödeln? Nun male man sich die Wirkung dieser Aenderung einmal an einem Fall in der Praxis aus. Zum Beispiel: Ein Heizer wird als Hilfsheizer 2. Klasse umgetauft und ihm beim Abgang aus dem städtischen Dienst darauf auch das Zeugnis ausgestellt. Was muß der Privatunternehmer sich für einen Begriff von der Leistungsfähigkeit eines so „ausgezeichneten“ Arbeiters machen? Der Arbeiter kann sehr leicht in seinem Fortkommen gehindert werden. Besonders in dieser Inflation kein allzu langes Leben bestanden. Ueber das Trinkwasser im Werke Nord ist schon oft Klage geführt worden, weil es durch die große Wärme, die es besitzt, ungenießbar ist. Auch schlammig ist es zuweilen. Trotz des mehrfachen Erühdens um Abhilfe ist bis heute noch nichts geschehen, um erdenkliches Trinkwasser zu besorgen. Oder will man den Arbeitern das Bier schmackhafter machen, das ihnen durch so eine Art mittelstandsfördernde Politik aufgesprungen wurde? Mit dem Bier, das einige auswärtige Brauereien bisher lieferten, waren die Arbeiter zufrieden. Plötzlich durften nur hiesige Brauereien es sein, die den Arbeitern der hiesigen Elektrizitätswerke Bier liefern konnten. Nach dem Verhalten der Arbeiter zu schließen, hat dies Verfahren wenig Erfolg zu verzeichnen und wird es wahrscheinlich auch in Zukunft nicht haben, wenn die Arbeiter sich in ihrem Gschmack auch weiter keine Vorschriften machen lassen. Für schmutzige Arbeiten sollen nach der Arbeitsordnung 25 Proz. Zuschlag gezahlt werden. Bis jetzt wartet man vergeblich darauf im Messelhaus. Soll hier Besserung erzielt werden, dann nur durch die Einigkeit der Arbeiter selbst.

Was unsere „Gewerkschaft“ sagt!

Ueber Leser! Ich spreche zu Dir, weil ich es fast täglich erfahre, wie man an mir sündigt! Ich gebe Dir deshalb einige Winke, die Du beherzigen mögest. „Wenn ich zu Dir komme, behandle mich als alten Freund und wirf mich nicht ungeachtet in eine Ecke. Betrachte mich von allen Seiten und mache mich zu Deinem Eigen; lerne von mir, denn nur Wissen ist Macht. Gib mir Stoff, damit es die Öffentlichkeit erfährt, wie es zugeht, denn nur dadurch kann Dir und der Allgemeinheit geholfen werden. Sobald Du meiner Dienste nicht mehr bedarfst, führe mich zu einem anderen, der mich noch nicht kennt. Freue Dich, mich zu sehen, wie ich mich freue, Dich zu sehen; denn ich bin ein teures, aber ein wichtiges Stück Deiner Organisation.“

Die dritte Konferenz der deutschen Gasarbeiter.

Wenngleich binnen Kurzem den interessierten Kollegen das stenographische Protokoll zur Verfügung stehen wird, halten wir die dritte Tagung der Gasarbeiter doch für so bedeutungsvoll, daß eine eingehendere Berichterstattung auch in unserer „Gewerkschaft“ zweckmäßig erscheint. Dadurch sind die Koll.-gen zugleich in die Lage versetzt, sich selber ein zusammenfassendes Bild zu machen von den überaus wichtigen und anregenden Vorträgen und Diskussionen, die an beiden Tagen stattfanden.

Die dritte Gasarbeiterkonferenz tagte am Mittwoch, den 23. und Donnerstag, den 24. August 1911, im Gewerkschaftshause zu Berlin. Anwesend waren 43 Delegierte aus 24 Wahlkreisen, 18 Gauleiter, 6 Mitglieder des Hauptvorstandes und ein Mitglied des Verbandsausschusses. Außerdem hatten die sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen von Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf Vertreter entsandt.

Die Tagesordnung der Konferenz lautete:

1. Geschäftliches.
2. Der Fortschritt der Technik in der Gasproduktion.
Referent: Betriebsdirigent T i m m e - Berlin.
3. Die Einwirkung des technischen Fortschritts in der Gasproduktion auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
Referent: R i c h a r d S e d m a n n - Mannheim.
4. Gasfernversorgung.
Referent: M a g S e i n z - Düsseldorf.
5. Berufsfrankheiten.
Referent: Dr. med. S a n a u e r - Frankfurt a. M.
6. Organisationsfragen.
Referent: A l b i n M o h s - Schöneberg.

Nachdem der Verbandsvorsitzende Mohs die Teilnehmer willkommen geheißen und auf die Notwendigkeit des Ausbaues der Organisation hingewiesen hatte, richteten die Stadtverordneten S i n z e - Berlin, S o f f m a n n - Schöneberg, C o n r a d - Nixdorf und Dr. B o r c h a r d t - Charlottenburg herzliche Begrüßungsworte an die Konferenz, aus denen zu entnehmen ist, daß die sozialdemokratischen Gemeindevorteiler bereit sind, wie bisher, so auch in Zukunft die Wünsche und Forderungen der Gasarbeiter in den Stadtparlamenten zu vertreten.

Die Konferenz trat hierauf in die Tagesordnung und nahm zunächst das Referat über den

Fortschritt der Technik in der Gasproduktion

entgegen.

Der Referent, Herr Betriebsdirigent T i m m e - Berlin, der für den verhinderten Betriebsdirektor Schimming einsprang, begann seine interessanten Ausführungen mit einem geschichtlichen Überblick über die Gasfabrikation, deren erste Spuren sich in die 80er Jahre des 17. Jahrhunderts zurückreichen. Im Prinzip ist die Leuchtgasfabrikation aus Kohlen bis heute die gleiche geblieben, und zwar besteht sie darin, daß in gasdicht geschlossenen Gefäßen, Retorten oder Kammern genannt, die Steinkohle einer hohen Temperatur ausgesetzt wird, wobei glühender Koks zurückbleibt, der abgelassen und abgelaßt wird, während die flüchtigen Bestandteile der Kohle durch Rohre entwicken und teils als Niederdrucklage in den Mühlen- und Reinigerapparaten, teils als das eigentliche Leucht- oder Steinkohlengas in den Auffangebehältern gewonnen wird. In die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts fällt auch die Erfindung des Wassergases. Die ersten Anwendungen des Wassergases dienten nur technischen Zwecken. Erst später ging man dazu über, dasselbe auch der Beleuchtungsindustrie zuzunutzen zu machen. 1830 wurde in Dublin in England und 4 Jahre später in Prülitz am ersten Male das Wassergas und zwar in farburiertem Zustande zur Beleuchtungszwecken verwendet. 1846 tritt das sogenannte Wassergasglühlicht auf, wobei Platinkörper durch reines Wassergas in Weißglut gebracht werden. Mit derartigen Licht war während der Zeit von 1856 bis 1865 die Stadt Harbome beleuchtet. 1861 baute die Berliner Firma Schaeffer u. Walcker eine Anlage für farburiertes Wassergas in der Nähe von Bonn, die 5 Jahre im Betriebe war. Im übrigen waren in Europa die Bemühungen, das Wassergas einzuführen, lange Zeit ohne Erfolg. Der Grund ist hauptsächlich in dem Mangel an natürlichen Leuchtquellen zu suchen. In Deutschland wurden im Jahre 1881 von Bunte u. Schiele an einem Apparat in Frankfurt a. Main grundlegende Versuche angestellt. Bald darauf wurde in Dortmund eine europäische Wassergas-Aktiengesellschaft gegründet, die die Einführung des Wassergases mit großem Eifer betrieb, so daß es

bereits im Jahre 1888 eine große Anzahl von Wassergasanstalten, allerdings speziell für gewerbliche Verwendungen, gab. Erst in den allerletzten Jahren des verfloffenen Jahrhunderts haben auch die Gasanstalten größerer Städte farburiertes Wassergas für Beleuchtungszwecke eingeführt. Die Vorzüge des Wassergases sind die erheblich niedrigeren Anlagekosten, der bedeutend geringere Platzbedarf, eine größere Unabhängigkeit vom Kohlenmarkt, Verringerung der Unterhaltungskosten und eine lohnendere Verwertung der bei der Herstellung von Steinkohlengas gewonnenen großen Koksquantitäten. Alles dies sichert dem Wassergas eine immer ausgebreitere Verbreitung und eine große wirtschaftliche Bedeutung. Die Verringerung des Arbeitspersonals, die früher ebenfalls maßgebend für die Einführung des Wassergases war, kommt heute nicht mehr in Betracht, da die neueren Vertikal- und Kammeröfen nicht mehr Arbeitspersonal als die Wassergasanlagen brauchen.

Der Referent schilderte sodann den Betrieb eines modernen Gaswerks, und zwar den eigentlichen Gasanfallsbetrieb, den Betrieb der öffentlichen Beleuchtung und der allgemeinen Gasverteilung und endlich den Betrieb der Privatbeleuchtung. Besonders verweilte er bei den Wohlfahrts-einrichtungen der Gaswerke, den modernen Brausebadanlagen, den Waschanlagen, den Unterkunftsräumen, den Kaffeeläden und dergleichen. Interessant waren seine Mitteilungen über die Aenderung der Gasbeleuchtung Berlins innerhalb der letzten 12 Jahre. Im Jahre 1898 waren zur Beleuchtung Berlins 26 738 Brenner vorhanden, diese Zahl hat sich bis zum 1. April 1911 auf 38 352 erhöht, die Lichtmenge ist aber von 1 800 000 Kerzen auf 8 300 000 Kerzen gestiegen. Die Lichtstärke hat also um 461 Proz. zugenommen, während die Anzahl der Flammen nur 44 Proz. zugenommen hat.

Den letzten Abschnitt des Referats bildete eine Betrachtung über die Entwicklung der Technik im Gasbetriebe und die Fortschritte in der Privatbeleuchtung, die sich meist auf dem Gebiete der Lampenkonstruktion bewegt haben. Taggen sind mit Bezug auf die inneren Leitungen und gewöhnlichen Gasmesser bisher besondere Fortschritte nicht gemacht worden. Indes bahnen sich auch hier bereits eine Reihe von Fortschritten an, die eine Erleichterung der Arbeit zur Folge haben werden. So sind bereits Gasmesser mit großem Wasserraum und besonderen mechanischen Einrichtungen gebaut, zu dem Zwecke, den Wasserstand in den Gasmessern lange Zeit hindurch konstant zu erhalten und so daß bei den jetzt in Gebrauch befindlichen Gasmessern noch erforderliche häufige Auffüllen zu vermeiden. Von anderer Seite wird versucht, Gasmesser zu konstruieren, die den Gasverbrauch selbstständig registrieren und den Preis berechnen, so daß es bei Gelingen dieser Konstruktion möglich sein würde, eine direkte Einziehung des dem Gasverbrauch entsprechenden Geldbetrages beim Konsumenten vorzunehmen. Eine Vereinfachung des Einziehungsverfahrens wird auch bei den Automatagasmessern durch Anbringung von Wechselautomaten, welche die 10 Pfennigklüde gegen größere Münze zu wechseln gestatten, angestrebt. Der Fortschritt auf dem Gebiete der Privatbeleuchtung liegt hauptsächlich auf dem Gebiete der Münzgasmesser. Durch das System der Münzgasmesser unter Vorhaltung der Zuleitungen, Beleuchtungsgegenstände und Koder ist es erst ermöglicht worden, die Vorteile der Gasbenutzung auch den minderbemittelten Kreisen zugänglich zu machen. Während die Gaspreise in den letzten Jahrzehnten niedriger geworden sind, oder sich auf gleicher Höhe gehalten haben, ist eine wesentliche Verteuerung anderer Brenn- und Leuchtmaterialien eingetreten. Auch der Petroleumkonsum stellt sich im Verhältnis zur Gasbeleuchtung weit teurer als früher.

Die Automateinrichtungen sind besonders berufen, auch das Kochen mit Gas der minderbemittelten Bevölkerung zugänglich zu machen. Bei einem großen Teil der Arbeiterkreise richtet sich das Vorurteil weit weniger gegen die Gasbeleuchtung, deren Rentabilität mehr und mehr anerkannt wird, als gegen die Verwendung des Gases als Heizquelle. Die Verwendung des Gases in der Küche ist eben bedeutend jünger, als die für Beleuchtung; die Erfahrungen, dank deren Beachtung hier größere Ökonomie für die Konsumenten geschaffen werden konnte, wurden erst später gesammelt. Wichtig bleibt indes, daß in Deutschland noch viel für die Verwendung des Gases für Kochzwecke zu tun übrigbleibt. Es sei hier gestattet, auf das Beispiel der Schweiz hinzuweisen: Trotzdem hier wie in keinem anderen Lande auf dem Kontinent billige Wasserkräfte zur Verfügung stehen, durch deren Ausnutzung niedrigste Strompreise für Elektrizität ermöglicht sind, hat das Koch-

Gas sich in fast allen Hotels, Pensionaten usw. Eingang zu verschaffen gewußt. Die Anstalt für Epileptische in Zürich hat sogar Gasofeinrichtungen, welche die Speisebereitung für mehr als 600 Personen erlauben, und aus Basel wird berichtet, daß die Zahl der Kochgasherde 30 000 bei einer Einwohnerzahl von 100 000 beträgt, so daß, da man 3 bis 4 Personen auf eine Familie rechnen kann, wohl jede Familie im Besitze eines Gasofenherdes sich befindet. Aber auch in Deutschland wird die Entwicklung Platz greifen, welche im Ausland, vor allem in England und Holland bereits zu so erstaunlichen Resultaten geführt hat. Besonders ist England für uns vorbildlich für die Einführung der Gasautomaten. Der Gastonjum ist in England, außer Schottland und Irland, auf die gewaltige Höhe von 4,6 Milliarden Kubikmeter pro Jahr gestiegen, und fast 10 Millionen Gasofeinrichtungen sind im Gebrauch. Wenn diese Zahlen auch vermuten lassen, daß das Gas im Arbeiterhaushalt ein täglich zu Hilfeleistungen herangezogener Freund ist, so beweisen sie es doch noch nicht zur Evidenz; das aber wird ersichtlich, wenn man die Zahl der zur Aufstellung gelangten Automaten in Betracht zieht. Hier kann auf die erstaunliche Tatsache verwiesen werden, daß fast 3 Millionen Penny in the Slots allein in England in Benutzung, in Deutschland dagegen kaum 250 000 aufgestellt sind. Rechnet man auf eine Familie 3 bis 4 Köpfe, so erhält man eine Bevölkerungsdichte von über 10 Millionen Menschen, die auf dem Wege der Gasautomaten das für ihren Haushalt unentbehrliche Gas beziehen. In welchem Maße Londoner Arbeiterkreise das Gas benutzen, illustriert die Tatsache, daß die South Metropolitan Gas Company, welche die südlich gelegenen Teile Londons mit Gas versieht, allein 245 000 Penny in the Slots aufgestellt hat, also ungefähr soviel wie in ganz Deutschland. Auch in Holland ist die Entwicklung der Gasautomaten eine Deutschland weit übertreffende, und zwar sind es nicht nur die größeren Städte des Landes, die sich durch einen hohen Gastonjum und durch die große Zahl ihrer Gasautomaten auszeichnen. Auch die mittleren und selbst kleinen Städte sind den unfrigen darin weit überlegen. Es dürften sich in Deutschland nicht viele Städte finden lassen, die bei einer Einwohnerzahl von 1480 bis 4500 Köpfen einen durchschnittlichen Gastonjum von 112 bis 130 Kubikmetern pro Kopf der Bevölkerung haben. Selbst in einer ganzen Reihe von Dörfern hat das Gas in ausgedehntem Maße Eingang gefunden. Aber auch in Deutschland scheint die Entwicklung der Anwendung der Automaten rascher zu verlaufen zu werden. Das beweisen u. a. die Zahlen der Entwicklung Berlins. Die Einführung der Automaten erfolgte hier im Jahre 1901. Während im ersten Betriebsjahre nur die Aufstellung von 2300 Automaten ermöglicht werden konnte und die Zunahme in den folgenden Jahren sich auf rund 5000 Stück jährlich belief, wurden im Jahre 1910 über 18 000 Automaten aufgestellt. Diese Zahl wird im laufenden Jahre voraussichtlich nicht nur erreicht, sondern noch überschritten werden, denn bereits im ersten Vierteljahr sind über 5300 Automaten zur Aufstellung gelangt. Im ganzen sind in Berlin zurzeit über 70 000 Gasautomaten in Benutzung. Das, was in Berlin bei einem Preise von 10 Pf. für 675 Liter Gas unentgeltlich vorgehalten wird, sehen Sie aus der ausgehängten Tafel: der Gasmesser, der Gasofen, der Doppelarm, der Wandarm, die Uhr und endlich die Zuleitungen. Jedenfalls gehört die Entwicklung der Automateinrichtungen mit zu den erfreulichsten Fortschritten auf dem Gebiete der technischen Entwicklung der Privatbeheizung. (Lebhafter Beifall.)

Eine Diskussion knüpfte sich an den Vortrag nicht.

Es folgt Punkt 3:

Die Einwirkung des technischen Fortschritts in der Gasindustrie auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Hierzu liegt folgende Resolution vor:

Der technische Fortschritt in der Gasindustrie bringt für die Gaswerke eine bedeutende Steigerung der Rentabilität, für die Gasarbeiter dagegen schwere Nachteile. Die erste Folge der Einführung neuer Technikene und arbeitssparender Maschinen- und Transportanlagen ist häufige Arbeitslosigkeit einer großen Anzahl von Gasarbeitern, die richtungslos entlassen werden.

Der Verlust der Arbeitsstelle trifft aber einen großen Teil der Gasarbeiter mit besonderer Härte, weil die Lohnsätze mit Dienstalterszulagen für die ersten Dienstjahre einen niedrigen Lohn vorsehen und die Entlassung den Weg der für spätere Jahre in Aussicht stehenden Höchstlöhne illusorisch macht. Gleichzeitig verlieren die Entlassenen den Anspruch auf die sozialen Fürsorgeeinrichtungen, den sie durch mehrjährige Dienstzeit erworben haben.

Während so die Entlassenen derjenigen Vorteile verlustig gehen, deren spätere Erlangung für sie einen Hauptgrund für ihren Diensttritt bildet, bringen die technischen Fortschritte den im Dienst verbleibenden Gasarbeitern keine wesentliche Er-

leichterung ihres Dienstes, sondern vielfach vermehrte Ausbeutung durch Mäßigung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit.

Zur Abwendung der Arbeitslosigkeit infolge der technischen Verbesserungen fordern wir die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden für alle Gasarbeiter. Da, wo in städtischen Gaswerken eine Verringerung der Arbeitszeit nicht zu umgehen ist, sind die überzähligen Gasarbeiter, soweit dies irgend möglich ist, in anderen städtischen Betrieben weiter zu beschäftigen, unter Befassung der bereits erworbenen Rechte.

Angeichts der Tatsache, daß die Bezahlung der Gasarbeiter noch immer der schweren und gesundheitschädlichen Arbeit nicht entspricht, ist anzustreben, die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation und der Arbeitervertretung in den städtischen Kollegien als derjenigen Faktoren, die den Gasarbeitern eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage gewährleisten und so eine Teilnahme an den Ertragsmöglichkeiten des technischen Fortschritts auch für die Gasarbeitererschaft ermöglichen.

Referent **H e c k m a n n** - Mannheim: Die Ursachen des technischen Fortschritts in der Gasindustrie liegen in der Hauptsache auf wirtschaftlichem Gebiet. Es wird allerdings da und dort von den Direktionen hervorgehoben, daß man mit Rücksicht auf die Arbeiter ihnen ihre schwere gesundheitschädliche Arbeit erleichtern sollte. Aber soweit wir die Direktionen unserer Gaswerke kennen, ist dieser Grund nicht maßgebend gewesen. Ausschlaggebend war vielmehr die Tatsache, daß die Gaswerke als Geldquelle sowohl für den städtischen Haushalt wie für die Aktionäre eine große Rolle spielen. Diese Geldquelle ist von jeher außerordentlich reichlich geflossen, die Gasindustrie ist von jeher eine derjenigen gewesen, die die größten Profite für die Unternehmer abgeworfen haben. Nun drohte aber die wirtschaftliche Entwicklung eine Unterbindung dieser Geldquelle herbeizuführen und infolgedessen mußte man versuchen, durch technische Verbesserungen die alten Profite wieder herauszuwickeln. Diese Ueberdickwirtschaft wurde durch die Aufwärtsbewegung der Kohlenpreise, durch das teilweise Sinken der Gaspreise, durch die Verbilligung der Gaspreise infolge der Konkurrenz der Elektrizitätswerke und durch die steigenden Löhne der Gasarbeiter sehr zum Nachteil der Städte beeinflusst. Die Gemeindeführer haben sich veranlaßt, ebenso wie die privaten Gasgesellschaften, ihre Ausgaben nach Möglichkeit einzuschränken. Diese Einschränkung ist aber nicht möglich gewesen durch einen billigeren Einkauf von Kohlen, im Gegenteil, die Kohlenpreise sind gestiegen und werden höchstwahrscheinlich für die nächste Zukunft weiter steigen. Ebenso wenig wird es möglich sein, eine Erhöhung der Einnahmen zu erzielen durch eine Erhöhung der Gaspreise. Also blieb nur übrig, dafür zu sorgen, daß durch technische Einrichtungen, die Ersparungen an Arbeitern ermöglichten, die Kohlenpreise verringert wurde, und das ist nun der Ansporn gewesen, um den Ingenieuren die Aufgabe zu stellen, Konstruktionen von Ofen, von Maschinenanlagen usw. auszudenken und dadurch Arbeitskräfte und somit Löhne zu ersparen. Man hat versucht, in weitgehendster Weise die Arbeiter durch Maschinen zu ersetzen; man hat aber auch weiter den Versuch gemacht — und zwar mit Erfolg — neue Ofensysteme einzuführen, die Arbeiter ersparen.

Nun gibt es ja Städte, die mit der Einführung der neuen Ofensysteme und Maschinenanlagen durchaus nicht eine Verkürzung der Arbeiterzahl in nennenswertem Umfang vorgenommen haben, sondern wo der technische Fortschritt zum wesentlichen Teil auch den Arbeitern zugute gekommen ist. In einer Anzahl anderer Städte ist die Zahl der Gasarbeiter um mindestens die Hälfte reduziert worden. Das gilt besonders für München, wo die Zahl durch die Einführung der neuen Hammeröfen von rund 800 auf rund 400 gesunken ist. Ähnlich ist es der Fall gewesen bei der Einführung der Vertikalöfen. In Oberfeld ist zum Beispiel bei deren Einführung die Zahl der Feuerhausarbeiter um etwa 100 zurückgegangen. In Ludwigsbafen leisten jetzt an jedem Ofen 5 bis 6 Mann genau dieselbe Arbeit, die sonst 24 und 25 Arbeiter an den Horizontalöfen leisten mußten. Die Zentrifugöfen, die bekanntlich nicht so sehr viel Arbeit ersparen wie die anderen Ofensysteme, haben immerhin zur Folge gehabt, daß zum Beispiel in Mannheim die Zahl der Feuerhausarbeiter bei ihrer Einführung sehr wesentlich verringert worden ist. Während zum Beispiel an den Horizontalöfen von 4 Mann 3 Ofen bedient wurden, sind zur Bedienung der Zentrifugöfen 6 Mann für 5 Ofen notwendig, also auch hier eine bedeutende Ersparnis an Arbeitskräften. Die Folge davon ist natürlich dieselbe gewesen wie in München. In Mannheim hat man nun noch eine weitere Verbesserung geplant durch die Einführung von Vertikalöfen. Wenn die im Laufe dieses Jahres fertig geworden sind, werden 6 Mann dieselbe Arbeit leisten, die gegenwärtig 24 Mann leisten. Ja, es wird sogar der Fall sein, daß die 24 000 Kubikmeter Gaszeugung, die bis jetzt mit diesen 24 Mann

erreicht wurden, mit diesen 6 Mann gesteigert werden können auf 80 000 Kubikmeter pro Tag. Nun ist auch die Zahl der Gasarbeiter überhaupt durch die Verbesserung der Ofensysteme relativ zurückgegangen. Die meisten von Ihnen werden es ja am eigenen Leibe erfahren, daß die Einführung der neuen Ofensysteme verhältnismäßig selten für die Arbeiter lediglich eine Erleichterung gebracht hat, die Folge ist vielmehr eine ziemliche Arbeitslosigkeit unter den Gasarbeitern gewesen und jeder von Ihnen weiß, was es bedeutet, wenn ein Familienvater arbeitslos ist und keine Existenzquelle mehr hat. Aber auch für die Gasarbeiter ist damit noch eine ganz besondere Härte verbunden, soweit sie in Städten bedienstet sind, die Lohnsätze mit Dienstalterszulagen eingeführt haben. Diese Zulagen sind in der Regel so eingerichtet, daß sie erst nach mehrjähriger Dienstzeit gegeben werden, und daß der Höchstlohn erst im Laufe von 5, 6, 10, manchmal 16 Jahren, erreicht wird. Die Anfangslöhne sind in der Regel in den Gaswerken niedriger als für ähnliche Arbeiten in der Privatindustrie. Wenn es trotzdem Leute gibt, die sich um die Arbeit in den Gaswerken bewerben, so deshalb, weil sie auf eine ständige Arbeit rechnen, und auch darauf, daß sie sich weiter sagen, sie werden im Laufe der Jahre einen angemessenen Lohn erhalten, wenn auch der Anfangslohn geringer ist. Weiter kommt für sie die Aussicht auf den Genuß der sozialen Fürsorgeeinrichtungen der Städte in Betracht, wie zum Beispiel Zahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn oder etwa Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Wenn nun diese Kollegen 5 bis 6 Jahre im Dienste der Stadtgemeinde gestanden haben, und sie werden durch diese technischen Verbesserungen aus dem Betriebe hinausgeworfen, so ist das, was sie eigentlich veranlaßt hat, in das Gaswerk einzutreten, die Sicherheit der Existenz, die spätere bessere Bezahlung, auf die sie gehofft haben, und der Genuß der Fürsorgeeinrichtungen, hinfällig geworden. Diesen Verlust haben sie also noch außer dem Verlust der Arbeitsstellen zu verzeichnen, sie haben dadurch gewissermaßen in ihren Zukunftshoffnungen Schiffbruch gelitten. Für die weiter Beschäftigten bringt der technische Fortschritt ebenfalls eine Verschlechterung ihrer Lage. Die Arbeiter, die an den neuen Ofensystemen Verwendung finden, haben ja eine Verschlechterung ihrer Bezüge in der Regel nicht zu erwarten, aber der größere Teil der Feuerhansarbeiter wird vielfach mit Hofarbeiten beschäftigt und selbstverständlich auch geringer entlohnt. So kommt es, daß das Einkommen dieser Arbeiter im Laufe der Jahre trotz aller Lohnaufbesserungen nicht größer wird, sondern tatsächlich sinkt. Es ist aber auch vorgekommen, daß Arbeiter, die an den Ofen beschäftigt worden sind, direkt in ihren Bezügen geschädigt worden sind dadurch, daß man es in einzelnen Städten fertig gebracht hat, bei der Einführung der neuen Ofensysteme gleichzeitig die Arbeitszeit zu verlängern. Ebenso sind Fälle zu verzeichnen, zum Beispiel in Karlsruhe, daß einzelne Arbeiterkategorien bei Einführung technischer Verbesserungen trotz höherer Arbeitsleistung, die nun von ihnen gefordert wird, einen geringeren Lohn erhalten. Die Stadt Karlsruhe hat den Kollegen, die den Hols abwerfen, einen Lohnabzug von 1 Mk. pro Tag gemacht mit der Begründung, es sei Spärbait, man hat ihnen die Hitzelzulagen einfach abgezogen. Wahrscheinlich hat der Stadtrat gedacht, die Ofen seien nicht mehr so warm wie früher ohne Maschinen (Heiterkeit), oder die Sonne würde vielleicht weniger warm scheinen, eine Theorie, die sich ja in diesem Jahre durchaus nicht bewährt hat. (Heiterkeit.) Natürlich waren die Gasarbeiter damit nicht zufrieden. Sie haben wiederholt und sehr dringende Vorstellungen beim Stadtrat erhoben und haben dann die entzogene Zulage wieder gewährt bekommen. Nun haben meistens die Direktionen, die die Einrichtungen machte, zu viel vertraut, und die Folge ist gewesen, daß man die Arbeiterzahl noch weiter verringerte, als das eigentlich durch die Verbesserung der Einrichtungen geboten war. Man hat dann die Arbeiter abgeholt und fortwährend kommandiert, um zu erreichen, daß die Arbeitsleistung eine größere wurde. Bei den Kammerofen kommt insbesondere noch in Betracht, daß, wie zum Beispiel in Mühlberg, die Arbeiter noch andere Arbeit außerhalb des Ofens leisten müssen. Wenn sie mit dem Chargieren fertig sind, müssen sie noch irgendwelche Hof- oder Reinigungsarbeiten und dergleichen verrichten. Daß bei dieser Art Einteilung der Arbeit die Gesundheit der Arbeiter noch mehr leidet als bei der schon ohnehin gesundheitsgefährlichen Feuerhansarbeit, ist verständlich, weil die Leute auf diese Weise von der Hitze in die kühlere Luft außerhalb des Feuerhauses kommen und so der Gefahr der Erkältung wesentlich mehr ausgesetzt sind als früher. Also der schwere Verfall der Feuerarbeiter ist durch diese

Verbesserung der Ofensysteme durchaus nicht wesentlich erleichtert worden.

Nun hat die Einrichtung neuer Ofensysteme für die Stadtgemeinden natürlich nicht nur ihre Licht-, sondern auch ihre Schattenseiten insofern, als die Gaswerke mit Maschinenanlagen und mit neuen Ofensystemen ein ungleich höheres Anlagekapital erfordern als die alten Gaswerke. Daher mußten die Vorteile der neuen Ofensysteme den Städten recht drastisch plausibel gemacht werden. Das hat man getan, indem man darauf hinwies, daß dann die Streikgefahr nicht mehr so groß wäre. Es ist ja das Verdienst unserer Organisation in den letzten Jahrzehnten gewesen, die Streikgefahr für die Städte überhaupt erst herbeizuführen, und das hat seine sehr berechtigte Ursache gehabt. Wenn Betriebe mit so außerordentlich hohen Interessen wie die Gaswerke ihre Arbeiter so außerordentlich schlecht bezahlen, so ist es ganz selbstverständlich, daß die Arbeiter auf Mittel und Wege sinnen müssen, um eine Besserung herbeizuführen. Ich rechne es uns zur Ehre an, daß es uns gelungen ist, die Arbeiter so zu organisieren, daß die Streikgefahr für die Städte heute eine Rolle spielt. (Sehr richtig!) Würden die Städte nicht die Arbeitsniederlegung fürchten, so hätten wir sicher nicht solche Errungenschaften für die Kollegen erzielt. In Berlin, Hamburg und anderen Städten ist die Stadtverwaltung erst in dem Augenblick zu Ingeständen bereit gewesen, als sie wußte, daß die Streikgefahr für sie akut wurde. Das beweist, daß unsere Organisation Einfluß errungen hat und daß die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gasarbeiter, die in den letzten Jahren errungen worden sind, im wesentlichen ein Verdienst unserer Organisation darstellen.

Weiter sind die Laternenanzünder durch die neuesten technischen Verbesserungen in ihrer Existenz bedroht. In absehbarer Zeit werden wahrscheinlich Laternenanzünder für die Straßenbeleuchtung überhaupt nicht mehr notwendig sein. Heute schon hat eine ganze Reihe von Stadtgemeinden die Fernzündung eingeführt. Wenn nur das nötige Anlagekapital vorhanden ist, ist es heute wohl überall möglich, die Gasfernzündung durchzuführen. Es sind dann nur noch wenige Leute zu Kontrolldiensten erforderlich.

Bei dieser Entwicklung der Dinge müssen die Gasarbeiter natürlich darauf Bedacht nehmen, sich nun ihrerseits einen größeren Anteil an den Errungenschaften der Technik zu sichern. Es wäre Unrecht, wenn wir sagen würden, wir hätten da keinen Vorteil von diesen technischen Fortschritten gehabt. In einer größeren Anzahl von Städten ist wohl die Einführung des Achtstundentages darauf zurückzuführen. Aber wenn wir die Löhne in Betracht ziehen, ist der Anteil der Arbeiter an den technischen Fortschritten nicht als genügend zu betrachten. Wir werden auch in Zukunft noch durch Streiks Erfolge erzielen, womit ich natürlich nicht gesagt haben will, daß unter allen Umständen zu diesem Mittel gegriffen werden soll. Es ist seit jeher bei uns üblich gewesen, daß wir nur in außerordentlichen Fällen, wo alle Mittel verjaagt haben, zu dem Mittel des Streiks gegriffen haben, und diese Taktik werden wir auch für die Zukunft einschlagen. Wir werden nach wie vor der Öffentlichkeit die schlechte Lage der Gasarbeiter schildern müssen. Dabei ist für uns der Umstand ein Bundesgenosse von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß die Behörden, die Eigentümer der Gaswerke sind, als öffentliche Körperschaften auch der öffentlichen Kritik ausgesetzt sind und ihr Rechnung tragen müssen. Wir müssen also dafür sorgen, und das geschieht ja auch durch diese Veranstaltung, daß die Lage der Gasarbeiter in den weitesten Kreisen bekannt und beachtet wird.

Weiter haben wir noch eine andere Möglichkeit, auf die städtischen Kollegen einzuwirken dadurch, daß wir den Vertretern der Arbeiterschaft in den Rathäusern die nötige Information zukommen lassen. Doch dürfen die Kollegen, wie das in einzelnen Orten leider der Fall ist, sich nicht mehr allzusehr verlassen darauf, daß der Druck der öffentlichen Meinung und der Druck der Arbeitervertreter in den Stadtordnungskollegien ihnen zum Siege verhilft.

Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn nicht eine gute Organisation dahintersteht, daß, wenn die Gasarbeiter sich nicht selbst um ihre Lage kümmern und sich der Organisation anschließen, daß dann auch die öffentliche Meinung und die Arbeitervertreter auf den Rathäusern nicht stark genug sind, um einen Erfolg zu sichern. (Sehr gut!) Ein voller Erfolg kann nur dann erreicht werden, wenn die Gesamtheit der Gasarbeiter sich einig ist und hinter ihren Vertretern, sowohl ihren gewerkschaftlichen Vertretern als auch ihren Vertretern in den Stadtordnungskollegien geschlossen steht. (Sehr richtig!) Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die Verhältnisse der Gasarbeiter zu bessern und ihnen einen größeren Anteil an den Errungenschaften der modernen Technik zu gewährleisten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Mohs teilt mit, daß beantragt ist, im 4. Absatz der Resolution die Worte „soweit dies irgend möglich ist“ zu streichen.

An den Vortrag knüpfte sich eine lebhaftere Diskussion, die am ersten Verhandlungstage noch nicht beendet wurde.

Se bald München bezweifelt, ob sich das System der Münchener Kammeröfen, das auch in anderen Städten da und dort schon Eingang gefunden hat, aufrechterhalten lasse. Die Abnutzung infolge der enormen Hitze sei eine so große, daß von einem permanenten Betriebe gar keine Rede sein könne. Die Zukunft werde lehren, ob es gelingen werde, die Mängel völlig zu beseitigen. Wichtig sei es, daß die reinen Kosten für Arbeiterlöhne ganz erheblich gesunken sind, und zwar beträgt nach den Berechnungen der Direktion die Verminderung der Produktionskosten 60 bis 62 Proz. In München seien die Arbeiter bei Einführung des maschinellen Betriebes der Reinigung gewesen, daß es dann mit der Möglichkeit eines Streiks ziemlich vorbei sein werde, in Wirklichkeit aber sei das System ein so kompliziertes, daß gutgeschulte Arbeiter notwendig sind, und daß selbst, wenn sich Streikbrecher finden, es schwer fallen wird, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Also es sei nicht die Rede davon, daß uns durch die technischen Einrichtungen die Streikmöglichkeit abgeschnitten wäre. Bekanntlich wolle man jetzt den städtischen Arbeitern das Streikrecht nehmen. Das überhaupt so wenig Streiks in den städtischen Betrieben vorgekommen sind, ist auf das große Verantwortlichkeitsgefühl der organisierten Arbeiter zurückzuführen. Die Stadtverwaltungen hätten sich keineswegs immer entgegenkommen gezeigt. Es frage sich, ob es für die Zukunft so weitergehen könne wie bis jetzt, denn schließlich können die städtischen Arbeiter im allgemeinen und auch die Gasarbeiter, wenn alle anderen Mittel versagt haben, auch vor einem Kampfe nicht zu machen, der sich gegen die Allgemeinheit richtet. Die Allgemeinheit ist eben verpflichtet, Leute in die Stadtverwaltungen zu wählen, die es verhindern, daß derartige Katastrophen heraufbeschworen werden. Sonst könnte man ja mit demselben Recht sagen, man nimmt von einem Streik bei einer Aktiengesellschaft Abstand, um die Aktionäre in ihrer Behaglichkeit nicht zu stören. Wollen die Aktionäre sich nicht stören lassen, so müssen sie eben einen Aufsichtsrat wählen, der den Arbeitern entgegenkommt. Wir müssen aufs schärfste gegen den neuen Strafgesetzentwurf protestieren und verlangen, daß uns die Streikmöglichkeit nach jeder Richtung gesichert wird. (Beifall.)

Vorsitzender Mohs: Durch die Fortschritte der Technik ist die Zahl der Arbeiter in den Gasbetrieben im Allgemeinen bedeutend reduziert worden. Die ganzen technischen Neuerungen sind einmal von dem Gesichtspunkt aus zu bewerten, daß man feirtreibe ist, möglichst hohe Ueberschüsse herauszuwirtschaften, und zweitens von dem Gesichtspunkt der Verringerung der Streikgefahr. Es steht fest, daß durch betriebstechnische Neuerungen Hunderte von Betriebsarbeitern abgeschoben werden, während der Arbeiter im allgemeinen keinen Vorteil davon hat. Wir haben zu verlangen, daß der technische Fortschritt auch den Arbeitern zugute kommt. (Sehr richtig!) Statt dessen verlangt das Gros der Verwaltungen einfach, daß die Arbeiter die Arbeitsleistung, die früher in 12 Stunden gemacht wurde, jetzt in 8 Stunden machen. Unter solchen Umständen haben wir keinen Grund, den technischen Fortschritt, so sehr wir ihn auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus begrüßen müssen, allzusehr zu bejubeln. Wir haben vielmehr darauf zu dringen, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit auch die Arbeitsleistung reduziert wird, denn sonst würde die Einwirkung des technischen Fortschritts für uns von Nachteil sein und nur dazu dienen, die Streikgefahr zu beseitigen und die Arbeiter kaltzustellen. (Wabul)

Maroke - Frankfurt a. M.: Nach meiner Meinung wird die Entwicklung nicht mit Riesenschritten in allen Gemeinden und Gaswerken ihren Einzug halten, denn dem stehen ganz bestimmte Schwierigkeiten gegenüber. Wir haben in einer ganzen Reihe von Städten Gaswerke, die noch nicht ganz veraltet, die noch in ziemlich gutem Zustande sind, und die können nicht ohne weiteres vom Erdboden verschwinden. Wie richtig es ist, daß die Streikgefahr in einzelnen Betrieben zum großen Teil die treibende Kraft für die technischen Vervollkommnungen war, lehren die Vorgänge in Frankfurt a. M., wo man erst dann technische Fortschritte eingeführt hat, als die Arbeiter sich im Gemeindearbeiterverband organisierten. Mit der Umwälzung in der Gasindustrie ist eine Umwälzung in der Zusammensetzung der Arbeiter verbunden, und wir werden deshalb bei unseren Kämpfen mehr Gewicht auch auf die Arbeiter der Außenbetriebe legen müssen. In Frankfurt hat man beim Streik einfach Soldaten in die Gaswerke

kommandiert. Wir müssen entschieden dagegen protestieren, daß die Militärbehörde sich in wirtschaftliche Kämpfe einmischt. Man spricht immer von einer Gefährdung des Allgemeinwohls, aber widmen nicht die Gasarbeiter ihre Arbeitskraft und ihre Gesundheit lediglich dem Allgemeinwohl? (Sehr gut!) Da kann man wohl verlangen, daß die Allgemeinheit den Gasarbeitern Löhne gibt und eine Arbeitszeit gewährt, daß sie nicht systematisch an ihrer Gesundheit leiden und zugrunde gehen. (Sehr richtig!) Das Wohl der Gasarbeiter, das nach Tausenden zählt, steht mindestens ebenso hoch wie das Allgemeinwohl, und deshalb kann man nicht ohne weiteres sagen, weil das Allgemeinwohl in Frage kommt, muß der Streik unterbleiben. Würde die Bestimmung des neuen Strafgesetzentwurfs Gesetzeskraft erlangen, dann wäre das Koalitionsrecht für uns nur noch ein Messer ohne Klinge. Ich bin aber der Meinung, daß die Gasarbeiter auf dem Wege wie bisher und noch mit verstärkter Kraft darauf hinarbeiten, daß die Organisation noch geschlossener wird.

Chret - Berlin: Durch die Einwirkung der modernen Technik ist in ganz vereinzelten Fällen eine Verbesserung der Lage der Arbeiter erzielt worden. Ich würde deshalb vorschlagen, in den ersten Satz der Resolution einzufügen „fast allgemein“. Ein krasses Beispiel dafür, wie nachteilig der technische Fortschritt für die Arbeiter gewirkt hat, bietet Spandau, wo die dadurch überflüssig gewordenen Arbeiter zum großen Teil in anderen städtischen Betrieben nicht wieder in Arbeit kamen, obwohl es sich um Leute im Alter von 30 bis 40 Jahren, um gesunde, kräftige, rüstige Leute handelte. (Hört! hört!) Bei einigem guten Willen ist es sehr wohl möglich, die überflüssigen Gasarbeiter in anderen städtischen Betrieben zu beschäftigen. In vielen großen Städten werden im Winter eine Menge Arbeiter bei steigender Produktion aufgenommen, die im Frühjahr wieder entlassen werden. Es wäre sehr leicht möglich, diese Arbeiter der Stadtverwaltung und dergleichen zu überweisen. Die Arbeiter würden dann ständige Arbeit erhalten und auch in den Genuss der sozialen Fürsorgeeinrichtungen der Stadt gelangen. Die Verwaltung andererseits hätte den Vorteil, eingearbeitete Leute zu erhalten. Leider ist die soziale Einsicht der meisten Stadtverwaltungen noch nicht soweit vorgeschritten. Wir müssen daher unsere Organisation ausbauen.

Witzer - Nürnberg: In Nürnberg sind vor einigen Jahren bei Einführung neuer Einrichtungen Feuerhaus- und Gasarbeiter entlassen worden, die bis zu 5 Jahren beschäftigt waren, viele von ihnen stehen auf der schwarzen Liste und werden überhaupt nicht wieder eingestellt. (Hört! hört!) Als einzigen Fortschritt haben wir die Einführung der Nachtstunden für Feuerarbeiter zu verzeichnen. Durch die Einführung der Gasfernheizung werden wiederum eine Reihe von Leuten überflüssig werden.

Schmolli - Stuttgart: Unser Gaswerk wird vollständig neu ausgebaut, ich stehe mitten im Betrieb und ich kann nicht zugeben, daß die Arbeit eine leichtere geworden ist. Die Arbeitskraft der wenigen Arbeiter, die noch beschäftigt werden, wird durch die Kammeröfen und durch die horizontalen Retortöfen intensiver ausgenutzt. Wir müssen alles daran setzen, um den inneren Ausbau der Organisation, speziell der Gasarbeiter, zu vervollständigen.

Beigl - Augsburg: Obwohl wir in Regensburg die Erfahrung gemacht haben, daß bei Einführung des Kammerofens bedeutend mehr Gas produziert wird, ist doch die Arbeitszeit der Gasarbeiter nicht verkürzt und die Löhne sind nicht aufgebessert worden. Und dennoch hat die Gasanstalt ein Defizit aufzuweisen, während die alte Gasanstalt enorme Ueberschüsse hatte. Wir müssen das Koalitionsrecht der Gasarbeiter unbedingt hochhalten. Wenn nicht schon in mehreren Städten gestreift worden wäre, hätten wir in anderen Städten Lohnhöhungen nicht durchdrücken können. Ich fürchte nicht, daß in Gaswerken mit Kammeröfen so schnell Streikbrecher zu haben sein werden; die Maschinerie ist ziemlich kompliziert und durch einen falschen Handgriff können Hunderte von Mark verloren gehen. Ich bin damit einverstanden, daß wir verlangen, daß die Arbeiter, die durch technische Neuerungen in einem Betriebe überflüssig werden, in einem anderen städtischen Betriebe untergebracht werden, aber bei den Laternenwärtern, die durch die Einführung der Fernheizung ausgespart werden, wird sich das nicht immer machen lassen, weil es sich da vielfach um ältere Kollegen handelt. Diesen Leuten müßte in solchen Fällen eine Entschädigung gegeben werden. (Zustimmung.)

Mit Rücksicht darauf, daß am Nachmittag des ersten Verhandlungstages eine Besichtigung des Tegeleer Gaswerkes geplant ist, wird die weitere Debatte auf Donnerstag vertagt.

(Der zweite Verhandlungstag folgt in nächster Nummer.)

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1910.

11.

Die Finanzverhältnisse der Gewerkschaften hätten sich, wenn es nach dem Wunsch der Unternehmer gegangen wäre, im Jahre 1910 wesentlich verschlechtern müssen. Mit den Massenansperrungen verfolgten die Unternehmerverbände die Absicht, die Gewerkschaften finanziell lahmzulegen, um ihnen dann die Arbeitsbedingungen diktieren zu können. Diese löbliche Absicht verfolgte man im letzten Jahre mit der Aussperrung der Bauarbeiter und der Werftarbeiter. Der Erfolg war aber der gleiche wie in den früheren Jahren, nicht eine Verminderung, sondern eine Stärkung der Finanzkraft der Gewerkschaften ist eingetreten. Die Einnahmen liegen von 50 529 114 M. im Jahre 1909 auf 64 372 190 M. im Jahre 1910, der Massenbestand von 43 480 932 M. auf 52 575 505 M. Pro Kopf der Mitglieder macht das Einnahme 31,91 M. und Vermögenbestand 26,06 M. Allerdings konnte dieses günstige Resultat nicht erzielt werden, ohne wesentlich erhöhte Anstrengungen an die Mitglieder zu stellen. Aber, das ist gerade das erfreulichste Ergebnis, das die Aussperrungsmanie der Unternehmer gezeitigt hat, erhöhte Opferwilligkeit der Gewerkschaftsmittglieder. Es wurden im Berichtsjahre an Extrabeiträgen, die von den Zentralvorständen ausgeschrieben waren, nicht weniger als 4 388 431 M. und von arbeitenden Mitgliedern in Streikorten 5 218 790 M., zusammen fast 5 Millionen Mark gezahlt. Die Maurer zahlten 1 066 216 M., die Bauhilfsarbeiter 643 986 M., die Zimmerer 785 463 M., die Stuckateure 210 318 M., die Dachdecker 25 940 M., die Holzarbeiter 593 379 M., die Schmiede 51 368 M., die Buchbinder 56 735 M. an Extrabeiträgen. Dieser Opferwilligkeit ist es zu danken, daß die Kämpfe mit mehr oder weniger Erfolg für die Arbeiter beendet werden konnten und die Pläne der Unternehmer vereitelt wurden.

Daneben ist aber auch im verfloßenen Jahre Vorsoorge getroffen, daß die regelmäßigen Einnahmen der Gewerkschaften gesichert werden. Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß gerade auf diesem Gebiet enorme Fortschritte zu verzeichnen sind, wie die nachstehende Uebersicht zeigt:

Einnahmen			Ausgaben			Vermögen		
pro Kopf der Mitglieder			pro Kopf der Mitglieder			pro Kopf der Mitglieder		
Jahr	M.	M.	Jahr	M.	M.	Jahr	M.	M.
1891	6,68	9,62	1907	27,55	23,12	17,82		
1895	11,53	9,96	1908	26,50	22,96	22,30		
1900	13,89	11,89	1909	27,57	25,24	23,73		
1905	20,68	18,61	1910	31,91	28,71	26,06		
1906	24,02	21,98						

It auch für 1910 die unverhältnismäßige Steigerung der Einnahme pro Kopf der Mitglieder auf die Zahlung von Extrabeiträgen zurückzuführen, so ist andererseits doch auch eine Erhöhung der regelmäßigen Beiträge erfolgt. Es wurden 1910 an Beiträgen erhoben

21-30 Pf. in 3 Organisationen	=	5,7	Proz.
31-40 " " "	"	17,0	"
41-50 " " "	"	35,8	"
über 50 " " "	"	41,5	"

An regelmäßigen Verbandsbeiträgen vereinbarten die Verbände 48 357 229 M., während 1909 sich diese Einnahme auf 41 679 466 M. belief. Ferner wurden im Berichtsjahre vereinbamt an: Eintrittsgeldern 451 618 M., örtlichen Beiträgen 6 055 892 M., Zinsen 1 117 332 M. und sonstigen Einnahmen 3 479 809 M.; insgesamt mit den vorerwähnten Extrabeiträgen 64 372 190 M.

Die absoluten Einnahmeziffern geben für die einzelnen Verbände keinen Uebersicht über die Leistungen der Mitglieder. Dieser kann nur gewonnen werden, wenn die Einnahme pro Kopf der Mitglieder berechnet wird. Hierbei ergeben sich überaus große Differenzen. Während der Verband der Schirmmacher nur 7,64 Mark Einnahme pro Kopf der Mitglieder hatte, verzeichnete der Verband der Stuckateure 71,18 M. Im einzelnen ergeben sich, pro Kopf der Mitglieder berechnet, folgende Einnahmen: Stuckateure 71,18 M., Lithographen 68,47, Rotenstecher 64,20, Buchdrucker 58,41, Zimmerer 57,43, Bauhilfsarbeiter 51,18, Bildhauer 48,06, Schmiede 45,02, Glaser 43,09, Schiffszimmerer 42,06, Holzarbeiter 39,44, Kupfer Schmiede 39,44, Maurer 37,23, Metallarbeiter 34,96, Porzellanarbeiter 33,47, Tapezierer 33,25, Isolierer und Steinhölzler 32,60, Zigarettenforterer 32,06, Lederarbeiter 30,86, Steinseher 30,67, Töpfer 29,22, Pranceri- und Mühlenarbeiter 28,57, Buchbinder 28,37, Wäcker 28,31, Mühlenarbeiter 28,23, Dachdecker 28,05, Sattler und Portefeuliker 27,88, Steinarbeiter 27,06, Hafnarbeiter 26,71, Putzmacher 26,51, Gastwirtsgehlfen

25,78, Kürschner 25,23, Maler 24,84, Lagerhalter 24,41, Friseur 24,26, Xylographen 24,04, Schuhmacher 23,76, Glasarbeiter 23,25, Transportarbeiter 23,24, Räder und Montidoren 22,80, Gemeindearbeiter 22,55, Schneider 22,21, Gärtner 22,02, Tabakarbeiter 21,91, Bergarbeiter 21,86, Zibilmufter 21,28, Seeleute 21,06, Rajshinijten 20,46, Fleischer 20,05, Textilarbeiter 18,35, Asphaltreure 18,33, Buchdruckerhilfsarbeiter 17,63, Bureauangestellten 17,59, Numenarbeiter 13,49, Handlungsgehlfen 12,91 und Schirmmacher 7,64.

Daß die Einnahme bei den einzelnen Verbänden nicht in jedem Jahre annähernd die gleiche ist und ein ständiger Wechsel in der Höhefolge der Verbände eintritt, erklärt sich daraus, daß hier auch die Extrabeiträge mit verchnet sind, so daß ein Verband, der bei Berechnung der regelmäßigen Einnahmen an hinterer Stelle folgen würde, in einem Jahre, in welchem er zur Erhebung von Extrabeiträgen genötigt ist, an die erste Stelle rückt.

Mit den Verbandsbeiträgen ist indes die Beitragsleistung der Gewerkschaftsmittglieder für Organisationszwecke noch nicht erschöpft. Ein nicht unerheblicher Teil der Mitglieder leistet überdies noch Beiträge für Lokalzwecke.

Die Gesamtjahresausgabe von 57 926 566 M. verteilt sich auf die folgenden Posten:

Organisationszwecke	M.	Organisationszwecke	M.
Reiseunterstützung	42 1 015 984	Agitation	55 2 503 994
Umzugsunterstützung	36 316 452	Druckschriften, Broschüren usw.	46 463 012
Arbeitslosenunterst.	43 6 075 522	Stellenermittlung	21 78 518
Arbeitsunfähigen (Kranken) Unterst.	51 9 028 693	Stenografen u. Schreibmaschinen	53 628 808
Anwaltsunterstützung	8 504 771	Sonstige Zwecke	55 2 055 443
Rechtliche Streitigkeiten	47 884 012	Beitrag an die Gewerkschaftsmittglieder	55 292 447
Rechtsfälle im Beruf	50 548 367	Beitrag zu internationalen Verbindungen	82 59 261
Streits in anderen Berufen u. Ausland	44 534 633	Beitrag an Kartelle und Sekretariate	49 985 469
Rechtschutz	52 330 322	Projektskosten	19 37 794
Gewerregulierungsunterst.	43 869 738	Verwaltungskosten (d. Hauptämtern) persönl.	57 1 019 338
Verbandsorgan	57 2 201 360	Verwaltungsmaterial	56 671 264
Bibliotheken	36 230 296		
Unterstützung	32 89 306		
Statistiken	21 83 762		

Die Ausgabe für Reise- und Arbeitslosenunterstützung war im letzten Jahre geringer als in den beiden Vorjahren. Innerhalb wurden für Unterstützungen, die mehr oder weniger einen humanitären Charakter haben, 18 678 968 M. gegen 21 358 079 M. im Jahre 1909, 20 698 484 M. im Jahre 1908 und 13 275 400 M. im Jahre 1907 verausgabt. Es wurden an Unterstützungen gezahlt:

	1907	1909	1910
	M.	M.	M.
Reise	869 148	1 125 820	1 015 984
Umzug	275 716	281 231	316 452
Arbeitslose	4 375 012	8 593 928	6 075 522
Kranke	5 635 387	8 896 354	9 028 693
Sterbefälle	642 385	838 879	884 012
Notfälle	467 707	647 174	548 567
Gewerregulierung	1 010 045	1 074 684	809 738
	13 275 400	21 358 079	18 678 968

In den vier Jahren wirtschaftlicher Depression mußten die Gewerkschaften für diese Unterstützungswecke mehr als 74 000 000 Mark verausgaben, während in den 16 Jahren von 1891 bis 1906 hierfür nur 46 1/2 Millionen Mark aufgewendet wurden. Allerdings sind die Unterstützungsrichtungen in den letzten Jahren wesentlich ausgebaut worden. Während 1900 von 58 Zentralverbänden nur 21 Arbeitslosenunterstützung zahlten, hatten 1910 von 53 Verbänden 41 diesen Unterstützungsweig eingeführt. Im Jahre 1900 hatten 231 071, im Jahre 1910 aber 1 666 262 Mitglieder der Verbände Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung. Sind die Unterstützungsrichtungen für die Gewerkschaften auch nicht Selbstzweck, so haben sie doch in ihrer heutigen Ausdehnung eine weitgehende volkswirtschaftliche Bedeutung. Sie ermöglichen den Schichten der arbeitenden Bevölkerung während der wirtschaftlichen Krisen eine Existenz und die Erhaltung der Arbeitskraft. Mit diesen Leistungen haben die Gewerkschaften wesentlich dazu beigetragen, die Leistungsfähigkeit der Industrie Deutschlands zu heben, denn diese hängt zum größten Teil davon ab, daß die Arbeiterkraft leistungsfähig ist. Um so mehr wäre es an der Zeit, daß die Faktoren, denen in erster Linie die Verpflichtung obliegt, diese Leistungsfähigkeit zu erhalten, den Gewerkschaften die von ihnen zu tragenden Lasten erleichtern. Es ist auf die Dauer nicht angängig, Gewerkschaften zuzumuten, daß sie 10 M. und mehr pro Kopf ihrer Mitglieder in einem Jahre für Arbeitslosenunterstützung verausgaben. So hatten die Buchdrucker 16,01 M., die Bildhauer 13,34 M., die Xylographen 12,95 M. und die Glaser 10,91 M. im

Jahre 1910 pro Kopf der Mitglieder für Arbeitslosenunterstützung aufzuwenden. In den drei Vorjahren waren diese Ausgaben zum Teil noch höher. Nur wenn die Arbeiter für den Wechsel der Konjunktur verantwortlich wären, könnte man ihnen die Verpflichtung zuweisen, die Opfer der Krisen zu erhalten. Da diese Verantwortung aber der Staatsorganisation und ihren Repräsentanten zufällt, so sind diese zur Fürsorge für die Arbeitslosen verpflichtet. Mit aller Entschiedenheit muß verlangt werden, daß nunmehr bald diese Verpflichtung erfüllt wird. Es sind enorme Summen, die pfennigweis zusammengebracht, von den Gewerkschaften seit 1891 für Unterstützungs zwecke aufgewandt wurden. Von 1891 bis 1910 zahlten die Gewerkschaften für:

Arbeitslose . . .	40 188 407 Mk.	Kranke	45 083 394 Mk.
Reisende	11 409 425 "	Gemahregelte . . .	7 447 850 "
Umzug, Not- und		Invalide	8 548 815 "
Sterbefälle . . .	10 802 829 "	Rechtschutz	2 703 243 "

Das sind in 20 Jahren 120 743 372 Mk. Demgegenüber steht eine Ausgabe für Streiks und Aussperrungen von 91 392 253 Mk.

Wie die Ausgaben für Unterstützungs zwecke erst in den letzten Jahren einen großen Umfang angenommen haben, so ist auch die Streikunterstützung, zum Teil infolge der Aussperrungen, erst in den letzten Jahren gewaltig angewachsen. Bis zum Jahre 1903 stieg sie selten über 2 Millionen Mark pro Jahr. Im Jahre 1903 erreichte sie die Höhe von 4½ Millionen Mark und in den folgenden Jahren von 5½, 9½, 13½, 13, 5 und 7 Millionen Mark, um 1910 schließlich auf die gewaltige Summe von 19 603 000 Mk. anzuschwellen. Ein großer Teil dieser Summen entfällt auf die Aussperrungen der Bauarbeiter und der Werftarbeiter. Die Bauhilfsarbeiter mußten 2 112 000 Mk., die Maurer 3 403 000 Mk., die Zimmerer 1 784 000 Mk. an Unterstützung zahlen, und im gleichen Verhältnis stehen die Ausgaben der anderen Organisationen des Baugewerbes. Die Metallarbeiter zahlten 3 763 000 Mk., die Holzarbeiter 1 317 000 Mk., die Schmiede 288 000 Mk. an Unterstützung. Das sind 17 667 000 Mk., welche diese Verbände zum größten Teil zur Unterstützung der Aussperrten aufwenden mußten. Und warum diese Aufwendungen? Weil die Unternehmer glaubten, nach dem Rezept des Zentralverbandes deutscher Industrieller handeln zu müssen, durch Massenaussperrungen die Gewerkschaften zu erdroffeln. Der Versuch ist wiederum mißlungen, aber die Unternehmer werden von ihrem Glauben an die Wirkung der Aussperrungen nicht geheilt sein. Sie werden noch weiter die Erfahrung machen müssen, daß ihr Aussperrungsritual die Opferwilligkeit der Gewerkschaftsmitglieder ständig erhöht. Diese Erfahrung wird zu der Erkenntnis führen, daß Organisationen, deren Existenz in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist, nicht gewaltsam unterdrückt werden können.

Sat sich in der äußeren Gestaltung der Gesamtorganisation insofern eine Aenderung vollzogen, als durch Zusammenschluß die Zahl der Zentralverbände von 57 auf 53 im letzten Jahre zurückging, so ist auch am inneren Ausbau weiter gearbeitet worden. Auf die Aenderungen in der Beitragsleistung ist schon hingewiesen. Bezüglich der sonstigen Einrichtungen der Verbände können nur einige Gesamtzahlen angegeben werden, weil eine Schilderung der Einzelheiten zu weit führen würde. Von den 53 Verbänden, die am Jahresabschluss 1910 bestanden, zahlten Reiseunterstützung 40, Umzugsunterstützung 31, Arbeitslosenunterstützung 41, Krankenunterstützung 46, Invalidenunterstützung 5, Unterstützung in Sterbefällen 46 und Unterstützung in Notfällen 30. Letztere Unterstützung wird, und ist auch im letzten Jahre, in besonderen Fällen von einigen Verbänden gezahlt, bei denen sie nicht statutarisch festgelegt ist. In Beziehungen zu den ausländischen Bruderorganisationen standen 42 Verbände. Die von den Verbänden herausgegebenen Organe, von denen 1 wöchentlich dreimal, 36 wöchentlich, 7 vierzehntägig, 2 monatlich dreimal, 4 monatlich zweimal 8 monatlich und 1 nach Bedarf erscheint, hatten eine Auflage von insgesamt 2 250 180 Exemplaren gegen 2 032 596 Exemplaren im Vorjahre.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Genossenschaftswesen.

Die Größe des Genossenschaftswesens in Deutschland. Kein Land der Welt verfügt über eine ähnliche mannigfaltige und erfolgreiche Genossenschaftsbewegung wie Deutschland, wo alle Genossenschaftsarten über günstige Ergebnisse berichten können, während in den anderen Kulturländern meist nur die eine oder andere Genossenschaftsart durch den volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozeß begünstigt wird. Bei uns in Deutschland gab es

im Jahre 1903 20 755 eingetragene Genossenschaften mit 8 139 519 Mitgliedern, im Jahre 1909 28 141 Genossenschaften mit 4 579 710 Mitgliedern. Der Genossenschaftsgedanke breitet sich immer mehr aus; auf 100 000 Personen der Zivilbevölkerung entfielen 1903 rund 5400 Genossenschaftsmitglieder, 1909 etwa 7600, in Preußen für sich 4800 bezw. 6800, in Bayern 5500 bezw. 8000, in Sachsen 5500 bezw. 7100, in Württemberg 9700 bezw. 13 400, in Baden 8800 bezw. 11 700, in Hessen 9000 bezw. 11 700, in den übrigen Bundesstaaten zusammen 5400 bezw. 7900. Die Genossenschaftsmitglieder sind der Mehrzahl nach Haushaltungsvorstände; rechnet man auf jeden solchen drei bis vier Angehörige und abhängige Haushaltungsmitglieder, so ergibt sich eine auf viele Millionen zu veranschlagende Bevölkerung, die an den Vorteilen der Genossenschaften teil hat. Genau läßt sich das nicht auf eine Ziffer bringen, weil eine nicht bekannte, aber nicht unerhebliche Zahl von Mitgliedern gleichzeitig an mehreren Genossenschaften beteiligt ist.

• Aus unserer Bewegung •

Chemnitz. In der Mitgliederversammlung vom 19. August referierte Kollege Pfeiffer über den Dresdener Gewerkschaftslehre. Das Sommerfest brachte einen Ueberdruck von 45,97 Mk., welcher der Filialkasse zur Liquidation überwiesen wurde. Trotz größter Mühe, die sich die Leitung der Filiale gegeben, um die Interesselosigkeit der Kollegen zu beseitigen, mußte festgestellt werden, daß besonders die Kollegen vom Tiefbauamt in ihrer alten Gleichgültigkeit verharren, weil es ihnen bequemer dünkt, sich von anderen die Kautantien aus dem Feuer holen zu lassen. Nach dem Aufschwung, den die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Chemnitz genommen hat, müßte unsere Organisation viel weiter sein, wenn jeder städtische Arbeiter seine Pflicht erfüllen würde.

Farnstahl. In einer vor kurzem stattgefundenen Versammlung der Arbeiter der Stadtgärtnerei, in der auch Hausleiter Hedmann anwesend war, wurde lebhaft Klage geführt über die unzulänglichen Löhne. So erhalten gelernter Gärtner als Höchstlohn nach 15jähriger Dienstzeit 4,20 Mk. und Hilfsarbeiter gar nur 3,30 Mk. Mit den Löhnen der anderen städtischen Arbeiter gleicher Kategorie verglichen, bleiben die Löhne der Gärtner um 1 bis 1,30 Mk. und die der Hilfsarbeiter um 30 bis 90 Pf. zurück. Die Versammlung beschloß einstimmig eine Eingabe an die Stadtverwaltung, in der Gleichstellung mit den übrigen städtischen Arbeitern verlangt wird, bei Herausgabe des künftigen Lohns. Die Eingabe wurde am 5. August eingereicht. Hoffentlich wird dieselbe mit der Forderung einer allgemeinen Lohnerböhung von 30 Pf. täglich für sämtliche städtischen Arbeiter, sowie einer Arbeitsordnung mit Lohnstarif, in einem für die Beteiligten günstigen Sinn: baldigst erledigt. — Die traurige Höhe der letzten Wochen veranlaßte die Stadtverwaltung, die Pflanzzeit bei den städtischen Gärtnern vorübergehend auf die Vormittagsstunden von 7 bis 1½ Uhr zusammenzulegen und den städtischen Arbeitern, soweit die Eigenart des Betriebes es zuließ, die Mittagspause um eine Stunde zu verlängern. Die Dauer dieser Maßnahme war bis zum 1. September vorgegeben und bekanntgemacht. — Doch wurde den Feuerhausarbeitern, den Angestellten des Hallenbühnenbades und dem Fahrpersonal der Straßenbahn die Annehmlichkeit überhaupt nicht zuteil, und in dem Elektrizitätswerk und der Werkstätte der Straßenbahn, wo sie kurze Zeit bis zum 16. August bestand, wieder aufgehoben. Einen besseren Gradmesser für das so oft betonte Wohlwollen der Freunde des Vereins städtischer Arbeiter und Bediensteter (eben der Betriebsleiter) hätte sich die Stadtverwaltung nicht erlauben können, als sie die Einführung der verlängerten Mittagspause von der „Eigenart“ des Betriebes abhängig machte, also dem Gutdünken der „Freunde“ überließ, denn gerade die Herren, die bei jeder Feindschaft des Vereins diesen ihres Wohlwollens versichern und zugunsten der Masse in ihren Vorteil greifen, versagten, als sie ihre Versicherungen durch die Tat beweisen sollten. Mit der Phrase: „Es sind keine Abfindungsmaßnahmen vorhanden“, oder „die Arbeit kann nicht bewältigt werden“, macht man die Verjüngung der Bürgermeisterei illusorisch. Mag der gelbe Verein seine Unfruchtbarkeit auf sozialem Gebiete damit zu bedecken suchen, daß er unwahre Behauptungen über den Verband ausstreut oder die Arbeiter in dem Glauben läßt, diese vorübergehende Vergünstigung sei auf eine Eingabe des Vereins zurückzuführen, die dieser niemals eingereicht hat, das eine steht fest, daß solche vorübergehenden Einrichtungen nicht ins Auge sind, das Vorwärtsdrängen der Sozialpolitik dauernd zu hemmen, wenn auch das Streben der Filiale nicht die Anerkennung und das Verständnis findet, das einer ermit zu nehmenden Arbeiterbewegung gebührt. So wurde beispielsweise durch eine Einladung an die Stadtverordneten zu einer öffentlichen Versammlung, in der der Rufus enthalten war, daß verschiedene städtische Arbeiter die am 1. April übliche Lohnzulage nicht erhalten haben, die Arbeitsfähigkeit des Herrn Oberbürgermeisters betragt getrübt, daß er die hiesige Filiale des Verbandes in der Stadtverordnetenversammlung als „sozialdemokratischen Vereinen“ bezeichnete. Trotzdem zeigte

sch später durch Nachzahlen der Zulage an die betreffenden Arbeiter, daß unsere Behauptung der Wahrheit entsprach. Wir geben gerne zu: es ist nicht leicht, in das Chaos von Verfügungen, Bestimmungen und Gewohnheitsübungen der verschiedenartig gestalteten städtischen Betriebe Ordnung hineinzubringen, wo aber ein Wille ist, da ist auch ein Weg. An den Arbeitern liegt es, durch regnen Ausbau ihrer Organisation der Stadtverwaltung den Weg zu zeigen.

Falle a. S. In der am 19. August abgehaltenen Mitglieder-versammlung gab der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal, wonach eine Einnahme von 1198,22 Mk. und eine Ausgabe von 275,58 Mk. vorhanden war. An die Hauptkasse wurden 572,89 Mk. abgeliefert, so daß ein Kassenbestand von 349,89 Mk. verbleibt. Dem Kassierer wurde einstimmig Rechnung erteilt. Der Mitgliederbestand beträgt 200. Der Vorsitzende berichtete über den beendeten Streikstreif, wobei wir wegen Streikbruchs die Mitglieder Wilhelm Wegl und Emanuel Pohl ausschließen mußten, was von der Versammlung einstimmig gutgeheißen wurde. Zu dem Rundschreiben betreffs Abhaltung einer Konferenz wurde in zustimmender Weise Stellung genommen. Als Delegierte wurden die Kollegen Lorenz und Müller mittels Stimmgittel gewählt. Hierauf gab der Kartelldelegierte den Bericht von der letzten Sitzung. Der Vorsitzende machte es dann den Kollegen zur Pflicht, daß jeder die Volksparkmarken von den Untertassierern baldigst entnimmt, damit das Geld abgeliefert werden kann. Anfang September sollen in allen uns zutretenden Betrieben Vesperechnungen stattfinden und ist es unbedingt notwendig, jetzt schon kräftig zu agitieren. Die Kollegen vom Schlacht- und Viehhof haben eine Eingabe an das Kuratorium wegen Lohn-erhöhung abgesandt, bis jetzt ist aber noch keine Antwort erfolgt. Man darf gespannt sein, wie sich die Verwaltung dazu stellt. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, daß sich die Kollegen politisch organisieren und das „Volkblatt“ lesen sollen, um so mehr, weil wir vor den Wahlen stehen und alle Ursache haben, uns über die politischen Vorgänge zu orientieren.

Hamburg. Die Distriktversammlung für **K i n k e n w ä r d e r** vom 13. August benötigte im Anschluß an den Bericht des Arbeiter-ausschusses die von den einzelnen Betriebsabteilungen gestellten Anträge für die nächste Sitzung des Arbeiterausschusses. Aus der nicht geringen Anzahl der vorgebrachten Beschwerden ist besonders das Fehlen der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen und die durch die örtlichen Verhältnisse erwirkte schnelle Hinzuziehung eines Arztes zu erwähnen. Die neuen Ertregulierungen am Köhlbrand haben an den einzelnen Arbeitsplätzen größere Ansammlungen staatlicher Arbeiter zur Folge. Um nun bei vorkommenden Unfällen wenigstens die im Augenblick notwendige Hilfe leisten zu können, ist es dringend erforderlich, einige Arbeiter durch geeignete Belehrungen dazuricht zu informieren, daß sich diese der Verunglückten annähern können. Gewiß ein Wunsch von Arbeiterseite, der auf baldige Erfüllung Anspruch hat. Die Ausbildung einer Anzahl sich dazu eignender Arbeiter würde diesen Uebelstand beseitigen. Ähnlich so liegt es auch mit der Beschaffung von Trinkwasser. Es müßte bei solchen Dingen überhaupt unnötig sein, sich erst von den Arbeitern darauf aufmerksam machen zu lassen. Ferner bildet der Mindestlohn, der für eine Anzahl von Gruppen noch 3,80 Mk. beträgt, fortgesetzt Anlaß zu Klagen, die sich in Anträge für den Arbeiterausschuß verdrängen. Wann endlich wird der Hamburger Staat die so notwendige Lohnregulierung vornehmen und wann die angebotene Einheitlichkeit herstellen?

◆ **Aus den deutschen Gewerkschaften** ◆

Verbandstage und Kongresse.

Der achte Verbandstag der Stukkateure tagte vom 17. bis 22. Juli 1911 in Dresden. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 10.000. Die Haltung des Verbandsorgans wurde kritisiert; einzelne Redner wünschten mehr, andere weniger politische Aufsätze; der Redakteur betonte, in erster Linie müsse das Fachorgan dem wirtschaftlichen, nicht dem politischen Kampfe dienen. Folgt drei volle Tage; und 60 Redner nahmen sodann die Beratung über die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband in Anspruch. Eine Nebenliste war schließlich für den Anschluß vorhanden; doch soll endgültig erst eine Urabstimmung entscheiden, vor der noch die Bedingungen des Uebertritts zu veröffentlichen seien; 1/3 der Mitglieder müßten sich indessen an der Urabstimmung beteiligen und zu 60 Proz. für die Angliederung stimmen; dann erst kann diese vollzogen werden. Die Frage der Erwerbslosenunterstützung wurde einmütig zurückgewiesen. Nach Annahme einiger Statutenänderungen und der damit verbundenen Beitragserhöhung wurden die Vorstandswahlen vollzogen.

Der 2. Verbandstag der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Kantonsämter und Berufsgenossenschaften tagte in München vom 7. bis 9. August. Der Geschäftsbericht umfaßt die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 31. Dezember 1910, d. h. die Zeit

seit der Verschmelzung des „Zentralvereins der Bureauangestellten“ mit dem „Verband der Verwaltungsbeamten der Kantonsämter und Berufsgenossenschaften“. In dieser Zeit ist die Mitgliederzahl von 4231 auf 5783 gestiegen. Die Lohnbewegungen 1909 und 1910 brachten folgende Erfolge: 1909 für 163 Personen zusammen 215 Stunden pro Woche Verkürzung der Arbeitszeit und für 298 Personen rund 3050 Mk. Erhöhung der Gehälter pro Monat; 1910 für 857 Personen rund 8500 Mk. Gehaltserhöhung pro Monat. — Auf Grund der Verhandlungen, an denen 43 Delegierte teilnahmen, wurde der Vorstand beauftragt, die Verschmelzung mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen baldmöglichst in die Wege zu leiten und, falls dies nicht erreichbar sei, mit dem Verband der Handlungsgehilfen baldmöglichst ein Kartellverhältnis anzubahnen. Nach den angenommenen neuen Statuten wird der Verband künftig den Namen führen: Verband der Bureauangestellten Deutschlands. Die ordentlichen Beiträge betragen 40 Pf. (unter 18 Jahren), 80 Pf. (18 bis 20 Jahre), 1,50 Mk. (über 20 Jahre). Es folgten noch Berichte über: „Das Angehörtenrecht nach der Reichsversicherungsordnung und dem Stande der Tarifgemeinschaft mit dem Zentralverband der Ortsrentenläsigen“ und „Die sozialpolitische Gesetzgebung und die Bureauangestellten“. Hier wurde insbesondere gefordert die rechtliche Gleichstellung mit den Handlungsgehilfen und ein gründlicher und umfassender Ausbau des Arbeitsvertragsrechts wie der Schutzgesetzgebung für die Angestellten überhaupt mit dem Ziele eines einheitlichen Privat-angehörten- und Arbeiterrechts. Der Entwurf eines Versicherungsabsehens für Angestellte wurde in der vorliegenden Form schon mit Rücksicht auf die Zulassung von Ersatzläsigen für unannehmbar erklärt.

Aus Anlaß des Konflikts im Buchdruckgewerbe hat sich eine Preßdebatte entwickelt, die nicht gerade sachdienlich genannt werden kann. Wir haben unsere Meinung bereits in Nr. 26 der „Gewerkschaft“ ausgesprochen. Daß einzelne Parteiorgane sowohl wie der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ anstatt sachlicher Erörterungen sich gegenseitig anzurempeln, hat nun Generalkommission wie Parteivorstand veranlaßt, eine Mahnung zu erlassen, solche gehässige Schreibweise zu unterlassen. Darob ist nun wieder Entrüstung bei den beteiligten Parteiorganen, die von Preßfreiheit usw. reden, dabei aber verärgert, daß dies nicht mit Schimpflichkeit zu verwechseln ist. — Da die Tariffragen im Buchdruckgewerbe demnächst zur Verhandlung stehen und bezügliche Anträge zur Vermeidung ähnlicher Urteile über Vertrauensleute vorliegen, wollen wir uns nicht weiter mit der Angelegenheit befassen; immerhin muß gegenüber dem „Korrespondenzblatt“ bemerkt werden, daß eine sachliche Meinung oder Kritik auch ohne sein „Signal“ getrost von der Gewerkschaftspresse abgegeben werden darf.

Löhne der Berliner Straßenbahner nach den von der Direktion gemachten Zugeständnissen im Vergleich zu den früheren Gehalts-sätzen und ab 1. Oktober 1911:

Erfahrungspersonal	alt		neu	
	3,20	3,60	nach 10 Jahren	120, —
Angest. Personal			11	123, —
im ersten Jahre	100, —	150, —	12	125, —
nach einem Jahre	105, —	110, —	13	125, —
nach 2 Jahren	105, —	110, —	14	125, —
8	110, —	115, —	15	130, —
4	110, —	115, —	16	130, —
5	115, —	120, —	17	130, —
6	115, —	120, —	18	130, —
7	118, —	125, —	19	130, —
8	118, —	125, —	20	135, —
9	120, —	125, —		140, —

Fahrerkilometergelde täglich 60 Pf. — 31,20 Mk. im Jahre. Die Ertragsanstellung der Straßenbahner wird von zwei Jahre auf ein Jahr herabgesetzt.

◆ **Rundschau** ◆

Kongress für Naturheilkunde und Volkswohlfahrt. Am 19. und 20. August wurde in Dresden unter sehr starker Beteiligung ein Kongress für Naturheilkunde und Volkswohlfahrt abgehalten. Es wurden auf ihm eine Reihe interessanter Vorträge gehalten. So sprachen u. a. P. Schirmer, Vorsitzender des Deutschen Bundes für naturgemäße Lebens- und Heilweise, über Entwicklung der Naturheilmovement und ihre Bedeutung für die Volks-gesundheit, Professor Dr. Paul Försler, Vorsitzender des Bundes der Anpflanzler, über Anpflanzung, Vivifikation und Seuchen-kämpfung, der im Laufe seiner Ausführungen Professor Ehrlich und seine Anhänger anklagte, daß er sich mit dem Zupflanzmittel Dato 606 des größten Volksbetruges schuldig gemacht habe. Professor Dr. Enders Stuttgart sprach über Selbsthilfe und Mundpflege in der Heilung und Dr. Schuyter Wernsdorf i. B. über Redigim

und Naturheilkunde. Es wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen: 1. Angesichts der sich in allen Kulturländern immer mehr häufenden Tatsachen, die beweisen, daß die Schutzimpfung ein unheilvoller Irrtum ist, fordert der Kongress von den verbündeten Regierungen und dem Deutschen Reichstage a) gründlich, gewissenhafte und unparteiische Neuprüfung des Impfgesetzes, b) Anerkennung, daß das Impfgesetz eine Bestimmung des Zwanges nicht enthält, c) die Einführung der Gewissensklausele nach englischem Vorbild, d) Entschädigung der durch die staatliche Zwangsimpfung Geschädigten. 2. Der Kongress erhebt Protest gegen den von der Schulmedizin erhobenen Anspruch, die gesetzgebende Macht des Staates allein für ihre Lehren dienbar zu machen, so wie es in dem neuen Entwurfe für ein Kurpfuschergesetz deutlich zum Ausdruck kommt. Das Kurpfuschergesetz verstößt a) gegen die verfassungsmäßig garantierte Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, und zwar in doppelter Weise: es verbietet unter Strafdrohung den Angehörigen des Ärzteverbandes die Belehrung von Nichtmitgliedern über Dinge der ärztlichen Wissenschaft — diese soll also geheim bleiben und auf den Stand einer Geheimwissenschaft zurückgedrängt werden — und weiter verlangt man ein Gesetz, das dem Laien in heilkundiger Richtung jede wissenschaftliche Lehre verbietet; b) gegen die Gewerbefreiheit; c) gegen die Pressefreiheit; d) gegen die durch den zweifachen Reichstagsbeschluß seit 1869 und 1870 bestehende Kurierfreiheit; e) gegen die wichtigsten Teile persönlicher und bürgerlicher Freiheit überhaupt. — In einer dritten Resolution wird gefordert, daß der Staat für vivisektorische Versuche keine Mittel mehr bereitstellt und ein völliges Verbot jener Versuche ausspricht.

Lebensversicherung kontra Volksversicherung. Seitdem der Dresdener Gewerkschaftskongress sich mit der Frage einer wirklichen Volksversicherung beschäftigt hat, ist die Lebensversicherung in ihrer heutigen privatkapitalistischen Form wieder besonders oft beachtet worden. Da das Jahr 1910 aber auch durch das Inkrafttreten des deutschen Reichsgesetzes über den Versicherungsvertrag bedeutungsvoll geworden ist — schaffte das Gesetz doch erst die einheitliche Grundlage des privaten Versicherungsrechts —, so lohnt es sich schon, die deutsche Lebensversicherung und ihre Gewinne im vergangenen Jahre etwas näher zu betrachten. Sehen wir uns vorerst einmal den Umfang der eigentlichen Volksversicherung an:

	1910	1900
Bruttouzugsang	218 182 770 Mk.	236 819 378 Mk.
Reinzuwachs	90 204 839 "	108 410 947 "
Versicherungsbestand	1 329 332 563 "	1 236 033 724 "

Zweihundvierzig Lebensversicherungs-gesellschaften hatten demnach 1910 Ende: 1326 Millionen Mark Volksversicherungsbestand. Das sind gegen das Vorjahr rund 90 Millionen Mark mehr. Um die ganze Macht der Lebensversicherungsinstitute richtig zu erkennen, muß beachtet werden, daß allein schon der Bruttouzuwachs an eigentlichen Lebensversicherungen 1222 Millionen Mark ausmachte, von denen rund 54 Proz. auf die 10 größten Gesellschaften entfielen.

Sehen wir uns nun einmal die finanziellen Erträgnisse aller in Betracht kommenden deutschen Lebensversicherungsgesellschaften genauer an. Es ergibt sich da folgendes Bild:

	1910	1900
Prämieinnahme	480,8 Mill. Mk.	455,8 Mill. Mk.
Zinsen und sonstige Einnahmen	180,9 "	170,0 "
Gesamteinnahmen	667,7 Mill. Mk.	625,8 Mill. Mk.
Rabattungen an Versicherte	207,4 "	259,2 "
Verwaltungskosten (einschl. Fantiemen)	65,8 "	59,8 "
Reservefonds	215,9 "	197,0 "
Gesamtausgaben	549,3 Mill. Mk.	516,2 Mill. Mk.
Dividende an die Aktionäre	8,3 "	8,0 "
Dividende an die Versicherten	110,4 "	101,0 "
Ueberschuß	118,4 "	109,6 "
Gesamtvermögen	5034,0 "	4721,3 "

Die unabweislichen Abwärtstendenzen zeigen, welche Geldmacht allein in deutsch in Lebensversicherung konzentriert ist. Schon eine Verstaatlichung oder noch mehr die Umwandlung in eine wirkliche Volksversicherung würde die 110 Millionen Ueberschußüberweisung an Versicherte wegfallen lassen. Sogar die „Frankf. Ztg.“, die aus Versicherungskreisen eine Arbeit über die deutsche Lebensversicherung im Jahre 1910 abdruckt, sagt dazu: „Die Versicherten müssen in ihren Prämien, die entsprechend höher bemessen sind, als die der normalen Tarife, dafür (für die Dividende) mitbezahlen, und zwar zunächst, ohne daß sie wissen, ob diese Prämien ihnen auch zufließen werden (sie sind nur an Lebende auszusprechen).“ Daß die 8,3 Millionen Mark Aktionärsdividende unredlicher Profit sind, ist ohne weiteres klar. Außerdem muß noch beachtet werden, daß die Lebensversicherungsgesellschaften mit ihren 4175,6 Millionen Mark Hypotheken, das sind 83 Proz. ihres gesamten Vermögens, auch auf den Wohnungsmarkt und seine Preise stark einwirken.

Steigerung der Konsumtion. Werfen wir einen Blick auf die Statistik des Verbrauches einer Reihe von Gegenständen, die zu unserem Lebensunterhalt gehören, so finden wir großenteils eine erhebliche Steigerung der Konsumtion. Es seien hier folgende Beispiele gegeben: Es stieg pro Kopf der Bevölkerung in den Jahren von 1840 bis 1910 der Verbrauch von Baumwolle von 0,31 auf 5,87 Kilogramm, Seringe von 1,10 auf 2,93 Mg., Staffen von 1,01 auf 2,60 Mg., Kakao von 0,01 auf 0,64 Mg., Reis von 0,18 auf 2,68 Mg., Südfrüchte von 0,06 auf 3,94 Mg.; in den Jahren 1905 bis 1910 der Verbrauch an Steinkohlen von 1859 auf 2153 Mg., von Braunkohlen von 908 auf 1201 Mg., von Eisenerzen von 427 auf 486 Mg., von Zucker von 16,6 auf 17,5 Mg., von Salz von 19,8 auf 24,8 Mg., von Kartoffeln von 502 auf 624 Mg., von Getreide von 70,3 auf 94,2 Mg. In einigen Dingen ist der Verbrauch auch zurückgegangen, z. B. verminderte sich in der Zeit von 1905 auf 1910 der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung von Branntwein von 6,3 auf 5,7 Liter, von Bier von 112 auf 100 Liter, von Tabak von 1,6 auf 1,4 Mg. usw. Es sind also erhebliche, zum Teil sogar schädliche Genußmittel, die im Verbrauch vermindert worden sind. Das ist demnach kein Unglück. Die Genußmittel sind größtenteils mit erheblichen Steuern belegt und so verteuert worden, weshalb die Konsumtion eine Einschränkung erfährt. Wenn es aber auch nicht anzweifelnde Tatsache ist, daß der Verbrauch von Haushaltungsmitteln zugenommen hat, so ist daraus doch nicht ohne weiteres zu entnehmen, daß die allgemeine Lebenshaltung sich gehoben und die Kultur eine höhere Stufe erklimmen hat. Es ist z. B. hebenfürlich, wenn der Verbrauch an Feinzeugen erheblich zugenommen hat. Reiche Leute werden ihn wenig genießen; er ist das Fleisch des armen Mannes. Und wenn der Verbrauch an Kakao, Südfrüchten usw. rapid zugenommen hat, so ist damit noch bei weitem nicht gesagt, daß daran auch die Arbeiter beteiligt sind. Heute teilt sich die Menschheit noch in zwei große Klassen — die der Armen und Darben und die der Reichen und Genießenden. Die Statistik erweist sich auf beide Gruppen, und sie beweist deshalb nichts. Sie würde nur dann von einer Hebung der Kultur zeugen, wenn sie die Vermehrung der Konsumtion der unteren Volksschichten und somit die Hebung deren Lebenshaltung bewiese. Das aber tut sie nicht.

◆ Eingegangene Schriften und Bücher ◆

Die Neue Zeit. Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: J. G. B. Dietz Nachf. in Stuttgart. Heft 16 und 47 vom 29. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus. Herausgeber: Dr. Albert Lüdemann. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Nr. 31 u. 5. Vierteljährlich nur 3 Mk. Probenummern sind jederzeit kostenlos zu beziehen.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag J. G. B. Dietz Nachf. in Stuttgart. (Nr. 18.) Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Filiale Groß-Berlin

Donnerstag, den 7. September 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer 15

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherung. Referent: Gewerkschaftssekretär Gen. Bauer.
2. Verbandsangelegenheiten. Die Ortsverwaltung.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|--|--|
| Friedr. Hoffmann, Heilbrunn
(Gasarbeiter (Gaswerk))
† 18. 8. 1911, 46 Jahre alt. | M. Steinhilbert, Mannheim
(Gasarbeiter)
† 21. 8. 1911, 32 Jahre alt. |
| Joren Müller, Bamberg
(Gaswerksmaschinenist)
† 21. 8. 1911, 47 Jahre alt. | G. Brauer, Sangerhausen
(Arbeiter (Straßenreinigung))
† 22. 8. 1911, 60 Jahre alt. |

Maria Ködel, Mannheim

geb. 23. 8. 1911, 45 Jahre alt.

(Ehre ihrem Andenken!)